

Vorbemerkungen

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung waren zwölf Straßennamen der Gemeinde Wardenburg, die nach Personen benannt wurden, deren Lebensdaten zu einem relevanten Teil in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft fallen. Für Karl Bunje, August Hinrichs und Alma Rogge, für die dieses Kriterium ebenfalls zutrifft, liegen bereits seit 2013/14 kurze Biographien vor, die im Rahmen einer ähnlichen Bearbeitung von Straßennamen in der Stadt Oldenburg erstellt wurden.¹ Im Fokus der Untersuchung zu den Wardenburger Straßennamen stand das Handeln der zu untersuchenden Personen in der Zeit von 1933 bis 1945 und mögliche Verstrickungen in die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Die Quellenlage zu den einzelnen Personen ist sehr heterogen, entsprechend unterschiedlich sind auch die Länge und Ausführlichkeit der einzelnen Biographien.

Die Recherche wurde durch verschiedene Faktoren behindert:

- Bis zum heutigen Tage gelten in den Archiven durch Corona bedingte Einschränkungen.
- Der beauftragte Recherchedienst für das Bundesarchiv in Berlin stellte unzureichende Aktensignaturangaben zur Verfügung, so dass etliches noch mal nachrecherchiert werden musste.
- Der Recherchedienst hat - auch auf erneute Nachfrage - keine Kopien aus der NSDAP-Mitgliederkartei geliefert. Diese sind aber wichtig, um die Angaben aus den im Niedersächsischen Landesarchiv, Standort Oldenburg lagernden Entnazifizierungsakten zu überprüfen und parteiinterne Vermerke zu finden. Kopien der Mitgliederkartei mussten zeitaufwändig von Oldenburg aus im Bundesarchiv bestellt werden.

Aufgrund dieser Umstände ist nicht auszuschließen, dass auch nach Abschluss dieser Studie neue Erkenntnisse gewonnen werden, die zu neuen Bewertungen führen.

Joachim Tautz, Mareike Witkowski

Oldenburg, 9. Februar 2023

¹ <https://www.oldenburg.de/startseite/kultur/kulturbuero/erinnerungs-und-gedenkkultur/strassennamen-debatte.html>

Diedrich Dannemann

Diedrich-Dannemann-Strasse

Diedrich Heinrich Carl Dannemann, 24. Mai 1874 - 27. Dezember 1933

Biografische Skizze

* 24. Mai 1874	
1888-1893	Landwirtschaftliche Lehre, Arbeit auf dem elterlichen Hof
1893-1896	Oldenburgisches Dragoner-Regiment Nr. 19
1901-1933	Mitglied des Gemeinderates Wardenburg
1906-1933	Gemeindevorsteher der Gemeinde Wardenburg
1914-1916	Soldat an der Westfront
1917-1918	Soldat in Mazedonien
1911-1919	Mitglied im Landtag von Oldenburg für die Nationalliberale Partei
ab 1919	Vorstandsmitglied des Oldenburger Landbundes und der Oldenburger Volkspartei
1920-1924	Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Weser-Ems für die Deutsche Volkspartei (DVP)
1919-1925	Abgeordneter im Oldenburgischen Landtag für die DVP
1925-1931	Abgeordneter im Oldenburgischen Landtag für den Landblock
1928	Tod des Kaufmanns Ferdinand Joseph Sudow, Teile der Erbschaft gingen an die Gemeinde Wardenburg
1931	Eintritt in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP)
1932	Ehrenbürger der Stadt Wardenburg
Anfang 1933	Abgeordneter im Oldenburgischen Landtag für die DNVP
Mai 1933	Wahl zum Vizepräsidenten des Oldenburger Landtags
ab 30. Juni 1933	Hospitant bei der NSDAP-Fraktion im Oldenburger Landtag
18. Dezember 1933	Verhaftung Diedrich Dannemann wegen des Verdachts der Unterschlagung der Erbschaft von Sudow
... 27. Dezember 1933	

Endphase der Weimarer Republik und Zeit des Nationalsozialismus

Diedrich Dannemann war seit 1901 Mitglied des Wardenburger Gemeinderates und seit 1906 Gemeindevorsteher. Er galt als Finanzexperte und hatte sich in seiner politischen Arbeit im Landtag und in der Gemeinde Wardenburg vor allem für die Interessen der Landwirtschaft eingesetzt.¹ Darüber hinaus trat er für eine Erweiterung des Straßennetzes und für Neuansiedelungen in und rund um Wardenburg ein. Hoch angerechnet wurde ihm, dass er die Gemeinde klug durch die Inflation im Jahr 1923 und durch die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise gebracht hatte.²

Im Laufe seiner politischen Karriere war Diedrich Dannemann immer weiter nach rechts gerückt. Ab 1911 saß er für die Nationalliberale Partei im Landtag von Oldenburg. Er wechselte von hier Anfang der 1920er Jahre in die Deutsche Volkspartei (DVP), ab dem Jahr 1925 zum Landblock (Verbindung aus Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) und DVP) und ab 1931 schließlich zur DNVP. Von der sozialdemokratischen Fraktion im Oldenburger Landtag wurde Diedrich Dannemann bereits zu diesem Zeitpunkt vorgehalten, „nationalsozialistisch“ zu reden.³ Gemeinsam war Dannemann und den Nationalsozialisten die scharfe Ablehnung der Kommunisten und Sozialdemokraten. Im parlamentarischen Alltag kam es aber auch immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Diedrich Dannemann und Carl Röver, der seit 1928 für die NSDAP im Oldenburger Landtag saß.⁴

Zu einer größeren Auseinandersetzung mit der Landesregierung, die seit dem Juni 1932 von der NSDAP gestellt wurde, kam es im Dezember 1932. Diedrich Dannemann setzte sich bereits seit längerem für den Bau einer Straße von Achternholt nach Bösel ein. Diese sollte eine Besiedelung des Moores ermöglichen und zugleich eine schnellere Verbindung nach Friesoythe schaffen. Mittel für dieses Bauprojekt standen erstmals im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung Ende 1932 zur Verfügung. Bezahlt von der öffentlichen Hand sollten die Arbeiten von Arbeitslosen aus Wardenburg durchgeführt werden. Carl Röver, der seit Juni 1932 als Ministerpräsident amtierte, verlangte, dass die Arbeiten ausgeweitet und vor allem nicht nur von Arbeitslosen aus Wardenburg durchgeführt werden sollten, sondern auch

¹ Meiners, Werner: Menschen im Landkreis Oldenburg 1918-1945. Politische Entwicklung – Ereignisse – Schicksale, Oldenburg 1995, S. 69.

² Faß, Dirk: Aufstieg und Fall eines Politikers, in: Nordwest-Heimat (Beilage der NWZ) vom 15. August 2015, S. 1-2.

³ Heutiger Oldenburger Landtag, in: Volksblatt. Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei für Oldenburg und Ostfriesland vom 13. März 1931.

⁴ Das Jeversche Wochenblatt berichtete bspw. am 19. März 1930 von einer Landtagsdebatte, in der Carl Röver Diedrich Dannemann als den „guten Diedrich aus Wardenburg“ verspottete und damit für Heiterkeit sorgte. Oldenburgischer Landtag, in: Jeversches Wochenblatt vom 19. März 1930.

von Wohlfahrtsempfängern aus anderen Landesteilen.⁵ Die Gemeinderatssitzung am 22. Dezember 1932, auf der es zu einer öffentlichen Diskussion zwischen Carl Röver und Diedrich Dannemann kam, war der Höhepunkt des Streits. Aufgrund des erwarteten Besucheransturms war die Sitzung in die Gastwirtschaft Luekens in Hundsmühlen verlegt worden. Die für 350 Personen ausgelegte Saalbestuhlung reichte jedoch nicht aus und es mussten noch etliche Personen stehen. Carl Röver forderte von der Gemeinde, dass diese das „große Ziel“, alle Erwerbslosen wieder in Lohn und Brot zu bekommen, und weniger die Eigeninteressen im Blick haben sollte. Als Ministerpräsident konnte sich Carl Röver durchsetzen. Diedrich Dannemann erreichte aber, dass zumindest die Hälfte aller Arbeiter aus Wardenburg kam.⁶

Die NSDAP konnte in der Endphase der Weimarer Republik auch in Wardenburg von Wahl zu Wahl ihre Stimmen erhöhen. Der Anteil der DNVP-Wähler war jedoch im Vergleich zu anderen Gemeinden lange überdurchschnittlich hoch. Dies, so lässt sich stark vermuten, hing mit der Popularität Diedrich Dannemanns zusammen.⁷ Bei den Reichstagswahlen im November 1932 erreichte die NSDAP aber auch in Wardenburg 70 Prozent aller Stimmen und die DNVP sank auf 18 Prozent ab. Am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Regierung im Reich. Hierdurch konnte die NSDAP ihre Machtstellung im Oldenburger Land und auch in Wardenburg ausweiten. Die DNVP stimmte am 24. März 1933 im Reichstag dem sogenannten „Ermächtigungsgesetz“ zu und löste sich im Juni 1933 auf. Diedrich Dannemann trat der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (ein Zusammenschluss aus DNVP und Stahlhelm) bei und zog für dieses im Mai 1933 in den 8. Oldenburger Landtag ein. Er übernahm das Amt des 2. Vize-landtagspräsidenten. Nur wenige Tage darauf wurde er am 30. Juni 1933 Hospitant der NSDAP.⁸

Die Beweggründe für diesen Schritt lassen sich heute nur noch in Teilen nachvollziehen. Ursachen waren sicher die Selbstauflösung der DNVP und der Wunsch, weiterhin an der Macht beteiligt zu sein. Sein Beitritt zur NSDAP fand einen Tag vor der anberaumten Neuwahl des Gemeindevorstehers in Wardenburg statt. Es lässt sich stark vermuten, dass Diedrich Dannemann dieses Amt weiterhin führen wollte und sich hierfür bessere Chancen als Hospitant der NSDAP ausrechnete. Dannemann hatte aber bereits in den Wochen und Monaten vor dieser Wahl öffentlich seine Sympathie für die NSDAP kundgetan. Am Vorabend der Wahlen vom 5.

⁵ Vgl.: Stelljes, Wolfgang: Wardenburg. Ein Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde im Oldenburger Land, Oldenburg 1995, S. 271.

⁶ Vgl.: Stelljes, Wolfgang: Wardenburg. Ein Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde im Oldenburger Land, Oldenburg 1995, S. 273-274.

⁷ Vgl.: Stelljes, Wolfgang: Wardenburg. Ein Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde im Oldenburger Land, Oldenburg 1995, S. 276.

⁸ Oldenburgische Staatszeitung vom 1. Juli 1933.

März 1933 hatte er sich im Rahmen eines „Deutschen Abends“, der von den „vaterländischen Verbänden“ organisiert wurde, scharf gegen die Kommunisten gewandt. Die *Nachrichten für Stadt und Land* berichteten: „Mit außerordentlich scharfen Worten geißelte er die kommunistische Pest und begrüßte die Maßnahmen der Regierung zur Ausrottung dieser staatsfeindlichen, undeutschen Elemente.“⁹ Diedrich Dannemann zeigte sich, so die Zeitung, erfreut über die „Konzentration unserer nationalen Kräfte“ und lobte die Mitglieder der „nationalen Regierung“ als „Männer der Tat und programmatische Persönlichkeiten“¹⁰.

Trotz aller Bekundungen für die NSDAP wurde er jedoch nicht wieder zum Gemeindevorstand gewählt. Seit der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 wurden im Deutschen Reich in zahlreichen Kommunen die Bürgermeister durch treue, langjährige Parteimitglieder ausgetauscht.¹¹ Dies war auch in Wardenburg der Fall. In seiner Sitzung am 30. Juni 1933 wählte der Gemeinderat Gustav Kretzer zum neuen Gemeindevorsteher. Dieser war bereits im Juli 1928 der NSDAP beigetreten.¹² Dannemann, von dessen Wiederwahl viele Wardenburger und Wardenburgerinnen ausgegangen waren, trat nicht mehr an.¹³ Zum einen hatte Carl Röver sehr deutlich gemacht, dass er diesen Posten mit einem altgedienten Parteimitglied besetzen wollte und zum anderen machten vermehrt Gerüchte die Runde, er sei in finanziellen Schwierigkeiten.¹⁴

Diedrich Dannemann befand sich in der Tat spätestens seit 1929 in einer finanziell sehr schwierigen Lage. In diesem Jahr hatte er das Restgut Hundsmühlen für 81.500 Reichsmark vom früheren Gutsbesitzer Schönigh gekauft. Im Gut errichtete er eine Gastwirtschaft und einen Tanzsaal, wofür er noch mal ca. 38.000 Reichsmark ausgab. Das Gut erwies sich durch die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage und durch die besonderen Probleme in der Landwirtschaft schnell als große Last. Im Jahr 1932 wurde das Gut Hundsmühlen zwangsbewirtschaftet, einzelne Flurstücke waren bereits zwangsversteigert worden und weitere Zwangsversteigerungen konnten in letzter Minute abgeboten werden.¹⁵ Diedrich Dannemann hatte Schulden in

⁹ Deutscher Abend, in: *Nachrichten für Stadt und Land* vom 4. März 1933.

¹⁰ Deutscher Abend, in: *Nachrichten für Stadt und Land* vom 4. März 1933.

¹¹ Vgl. Gruner, Wolf: *Die Kommunen im Nationalsozialismus. Innenpolitische Akteure und ihre wirkmächtige Vernetzung*, in: Reichardt, Sven/Seibel, Wolfgang: *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2011, S. 167-211, hier S. 172-173.

¹² Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 23120.

¹³ Anlage zur Abschrift vom 1. Juli 1933 über den Beschluss der Gemeindevertretung am 30. Juni 1933, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1736. In der Anlage heißt es: „Nachdem der jetzige Gemeindevorsteher Dannemann von seiner Wiederwahl zurücktritt, wählt die Gemeindevertretung zum Gemeindevorsteher einstimmig den Landwirt Gustav Kretzer – Charlottendorf-Ost.“

¹⁴ Meiners, Werner: *Menschen im Landkreis Oldenburg 1918-1945. Politische Entwicklung – Ereignisse – Schicksale*, Oldenburg 1995, S. 70.

¹⁵ Zwischen Diedrich Dannemann und dem Zwangsverwalter Diedrich Gloystein gab es Auseinandersetzungen, weil Diedrich Dannemann diesem Misswirtschaft und eigene Bereicherung vorwarf. Vgl. bspw. Brief des Anwalts Hans Plesch an das Landgericht Oldenburg vom 15. November 1933, Niedersächsisches Landesarchiv,

Höhe von über 120.000 Reichsmark.¹⁶ Im Sommer und Herbst 1933 drohte immer wieder die Zwangsversteigerung des gesamten Guts.¹⁷

Bereits eine Woche nach dem Ende seiner Tätigkeit als Gemeindevorsteher setzten die ersten Ermittlungen gegen Diedrich Dannemann ein. Am 7. Juli 1933 bat Ministerpräsident Georg Joel um Nachprüfung, ob der „frühere Gemeindevorsteher Dannemann, Wardenburg, beim Kauf des Gutes Hundsmühlen eine Vermittlungsprovision erhalten habe. [...]“¹⁸ Im Jahr 1929 hatte der Gutsbesitzer Schöningh das Gut Hundsmühlen an das Siedlungsamt der Gemeinde Wardenburg zum Preis von 230.000 Reichsmark verkauft. Das Gebiet sollte neuen Siedlern zur Verfügung stehen. Der Auktionator Willers erhielt hierfür eine Provision von 2 Prozent. Diedrich Dannemann hatte sich für das Zustandekommen des Kaufvertrages eingesetzt.¹⁹ Der Bitte um Nachprüfung war eine eidesstattlich Erklärung des Auktionators Wilhelm Oltmanns beigefügt, der für den entsprechenden Zeitraum beim Auktionator Willers angestellt war. Wilhelm Oltmanns gab an, dass beim Auktionator Willers „mehrere tausend Mark“ eingegangen wären. *„Dieser eingegangene Betrag wurde mir von dem Auktionator Willers als Provision vom Siedlungsamte für den Verkauf des Gutes Hundsmühlen bezeichnet. Hierbei erklärte mir der Auktionator Willers, dass er sich diese Provision mit dem Gemeindevorsteher Diedr. Dannemann in Hundsmühlen in einem bestimmten Verhältnis teilen müsse. [...] Tatsächlich ist dann auch eine Teilung erfolgt, ich kann in den Büchern des Auktionators Willers zeigen, wo der Betrag verbucht worden ist und daß ein bestimmter Anteil tatsächlich dem Gemeindevorsteher Dannemann vergütet worden ist. Herr Willers hat mir s. Zt. allerdings auferlegt, die Angelegenheit vertraulich zu behandeln und darüber zu schweigen.“*²⁰ Am 22. September 1933 hielt der Ministerpräsident Georg Joel fest, dass gegen Diedrich Dannemann weder zivil- noch strafrechtlich vorgegangen werden könne.²¹ Der Umstand, dass Diedrich Dannemanns später selber Teile

Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631. 1940 verklagte Robert Dannemann, sein Sohn, Diedrich Gloystein auf Zahlung ausstehender Pachtentgelte in Höhe von 600 Reichsmark, verlor diesen Prozess aber. Urteil im Rechtsstreit Robert Dannemann gegen Diedrich Gloystein vom 7. November 1940. Die Akte wurde von der Gemeinde Wardenburg bereitgestellt.

¹⁶ Anlagen zum Entschuldungsverfahren des Bauern Günther Gerhard Dannemann, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw. 51. Best. 350 Nr. 1631. Günther Gerhard Dannemann erbte als Enkel von Diedrich Dannemann dessen Besitz.

¹⁷ Akten zur Zwangsverwaltung des Besitzes von Diedrich Dannemann, von der Gemeinde Wardenburg zur Verfügung gestellt.

¹⁸ Schreiben des Ministerpräsidenten Georg Joel an den Ministerialrat Tanzen vom 7. Juli 1933, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr 1763.

¹⁹ Schreiben vom 16. August 1929 (vermutlich vom Landesökonomierat Glaß), Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 213 Nr. 142; Schreiben von Richard Hinrich Tantzen (Leiter des Staatlichen Siedlungsamtes) an den Minister des Inneren Georg Joel durch den Minister der Finanzen Julius Pauly vom 12. Juli 1933, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1763.

²⁰ Eidesstattliche Versicherung Wilhelm Oltmanns vom 29. Juni 1933, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1763.

²¹ Ausfertigung Georg Joels für den Auktionator Wilhelm Oltmanns vom 22. September 1933, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1763.

des Guts erwarb, wurde offensichtlich nicht als problematisch betrachtet. Der Vorgang war mit der Entscheidung Georg Joels beendet, es kam jedoch bald zu neuen Vorwürfen, die zu seiner Verhaftung wegen Untreue am 18. Dezember 1933 führten.

Diedrich Dannemann wurde zur Last gelegt, dass er eine Erbschaft, die die Gemeinde Wardenburg 1928 gemacht hatte, für eigene Zwecke eingesetzt habe. Der am 24. Juni 1928 verstorbene Kaufmann Ferdinand Joseph Sudow hatte der Gemeinde Teile seines Erbes vermacht. Sudow war eigentlich Oldenburger und begründete seine Erbentscheidung damit, dass er häufig Wanderungen in die Umgebung von Wardenburg gemacht und sich daher mit der Gegend verbunden gefühlt habe. Bei seinen Wanderungen sei ihm aufgefallen, dass noch Verbesserungen durch Anpflanzungen oder das Aufstellen von Bänken möglich seien. Hierüber war er mit Diedrich Dannemann ins Gespräch gekommen, der jedoch auf die knappe Kassenlage der Gemeinde verwies. In seinem Testament hielt Sudow explizit fest, dass das Erbe für die Errichtung von Fuß- und Radwegen sowie „recht bequeme“ Ruhebänke verwendet werden solle.²² Für das Erbe wurde eine gesonderte Kasse angelegt, die Zinsen sollten dann für die im Testament festgehaltenen Zwecke verwendet werden.²³

Als Gemeindevorsteher hatte Diedrich Dannemann grundsätzlich Zugriff auf Gelder der Gemeinde.²⁴ Bei der Amtsübergabe von Diedrich Dannemann an Gustav Kretzer im Oktober 1933 fiel auf, dass Teile der Erbschaft bereits ausgezahlt, aber nicht bei der Gemeinde angekommen waren. Insgesamt fehlte ein Betrag von ca. 21.000 Reichsmark.²⁵ Diedrich Dannemann wurde aufgefordert, „die Erbschaftsangelegenheit in Ordnung“²⁶ zu bringen. In einem internen Bericht an den Ministerpräsidenten Georg Joel vom 18. Dezember 1933, dem Tag der Verhaftung, hieß es hierzu: *„Heute vormittag [sic!], etwa 8 ½ Uhr, teilte Dannemann fernmündlich mit, dass er die Angelegenheit nicht in Ordnung bringen könne. Als Grund gab er an, er habe aus den Erbschaftsbeträgen mit einem Beamten zusammen Industrie-Aktien gekauft. Das sei zweckmäßig gewesen, schon um der Inflationsgefahr zu entgehen. Der Beamte habe die Industrieaktien in*

²² Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 11. August 1928. Im Protokoll ist der Wortlaut des Testaments wiedergegeben.

²³ Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6. Februar 1929. Zumindest in einem Fall wurde das Geld auch für andere Zwecke verwendet. So ist im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 28. Februar 1931 festgehalten, dass der Landwirt Gerhard Hayen aus Littel ein Darlehen in Höhe von 3.000 Mark für die Ausbildung seines Sohnes aus der „Sudow-Spende“ erhielt. Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 28. Februar 1931.

²⁴ Dies lässt sich aus dem Übergabeprotokoll der Unterlagen der Gemeinde nach dem Ende der Amtszeit Diedrich Dannemanns an Gustav Kretzer erkennen. Übergabeprotokoll vom 5. Oktober 1933, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁵ Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 21. Dezember 1933. Die Zahlen variieren, so schrieb bspw. die Oldenburgische Staatszeitung am 20. Dezember 1933, dass 25.000 Reichsmark fehlen würden.

²⁶ Bericht des Amtshauptmannes Willers am den Minister des Inneren Georg Joel vom 18. Dezember 1933. Das Dokument wurde als Kopie durch die Gemeinde Wardenburg zur Verfügung gestellt. Der Amtshauptmann entspricht der heutigen Funktion eines Landrates. Georg Joel war zugleich Ministerpräsident und Minister des Inneren.

Nordwolleaktien umgetauscht und habe ihm erklärt, er würde jederzeit die Sache in Ordnung bringen. Jetzt habe er ihm erklärt, er könne die Sache nicht in Ordnung bringen. Den Namen des Beamten hat Dannemann nicht angegeben. Es wird sich um den großen Unbekannten handeln. Ich habe jetzt den Tatbestand unter Uebersendung der in dieser Sache erwachsenen Akten dem Staatsanwalt berichtet und zugleich gebeten, bei der Untersuchung ein Auge darauf zu haben, ob nicht Dannemann etwas von dem Gelde für sich oder seine Familie beiseite geschafft hat. Dannemann selbst ist wirtschaftlich vollkommen erledigt. Es wäre möglich, dass er seine bürgerliche Ehrbarkeit opferte, um sich vor Not zu schützen.“²⁷ Um 11 Uhr wurde Diedrich Dannemann verhaftet und nach Oldenburg in die Untersuchungshaft gebracht. Sowohl die *Nachrichten für Stadt und Land* als auch die *Oldenburgische Staatszeitung* und das *Jeversche Wochenblatt* berichteten in den folgenden Tagen von der Verhaftung Dannemanns und den im Raum stehenden Vorwürfen.²⁸

Neun Tage nach seiner Verhaftung nahm Diedrich Dannemann sich in der Gefängniszelle das Leben.²⁹ Die *Nachrichten für Stadt und Land* druckten am 28. Dezember einen Brief von Diedrich Dannemann ab, in dem er den Vorgang aus seiner Sicht erklärte: „*In tiefster Demütigung sitze ich hinter Schloß und Riegeln. [...] In der mir zur Last gelegten Angelegenheit hatte die Gemeinde mich persönlich, nicht als Gemeindevorsteher, als Verwalter eines Vermächtnisses eingesetzt. Die Gemeinde selbst lehnte die Verwaltung ab in der Befürchtung, daß der Prozeß, der von den gesetzlichen Erben eingeleitet war, verloren werden könnte und somit die Gemeinde für einen etwaigen Verlust [...] regresspflichtig gemacht werden könne. [...] Erst in diesem Jahre ist der Prozeß, der etwa vier Jahre gedauert hat, zugunsten der Gemeinde entschieden worden. [...] In einer Besprechung in Berlin wurde mir gesagt, daß eine neue Inflation unvermeidlich sei [...]. So war es mein natürliches Bestreben, dieser Inflation auszuweichen, zunächst mit diesen Geldern, dann aber auch mit meinem eigenen Vermögen. Ich habe mit den Geldern spekuliert und ungeheure Fehlschläge erlitten.*“³⁰

Dannemanns Erklärung vom 18. Dezember 1933 gegenüber dem Ministerpräsidenten Georg Joel, er habe aufgrund einer befürchteten Inflation das Geld in Aktien angelegt, die dann durch den Zusammenbruch der Nordwolle wertlos wurden, ist durchaus schlüssig. Der von ihm

²⁷ Bericht des Amtshauptmannes Willms am den Minister des Inneren Georg Joel vom 18. Dezember 1933. Das Dokument wurde als Kopie durch die Gemeinde Wardenburg zur Verfügung gestellt.

²⁸ Zur Verhaftung des Gemeindevorstehers a. D. Dannemann, in: *Jeversches Wochenblatt* vom 22. Dezember 1933; Gemeindevorsteher a. D. Dannemann wegen Verdachts der Unterschlagung verhaftet, in: *Oldenburgische Staatszeitung* vom 20. Dezember 1933; Eine aufsehenerregende Verhaftung, in: *Nachrichten für Stadt und Land* vom 20. Dezember 1933.

²⁹ Bericht über die Auffindung der Leiche Diedrich Dannemanns vom 27. Dezember 1933. Der Bericht wurde durch die Gemeinde Wardenburg zur Verfügung gestellt.

³⁰ Der Brief Dannemanns, *Nachrichten für Stadt und Land* vom 28. Dezember 1933.

vorgeschlagenen Roggenumlage verdankte es die Gemeinde Wardenburg, relativ unbeschadet durch die Inflation 1923 gekommen zu sein. Insofern scheint es plausibel, dass Diedrich Dannemann aus Furcht vor einer erneuten Inflation vorsorgen wollte.³¹ Es bleibt allerdings unklar, warum er dann nicht die wertlosen Aktien oder andere Beweise für den Kauf vorlegen konnte. Ob Diedrich Dannemann Gelder zur Rettung seines eigenen Guts verwendet hat oder ob es sich hierbei um Verleumdung handelte, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Aufgrund seines Freitods kam es nicht zu einem Strafverfahren, das unter Umständen weitere Anhaltspunkte für eine Beurteilung des Sachverhalts hätte liefern können. Die im Landesarchiv Oldenburg überlieferten Akten geben einen Hinweis darauf, dass der Fall noch intern bis 1936 untersucht und auch eine entsprechende Akte angelegt wurde.³² Diese Akte ist heute aber nicht mehr auffindbar und es ist unklar, wann und von wem diese vernichtet wurde.

Die Nationalsozialisten propagierten, mit der ‚Systemzeit‘, gemeint war damit die Zeit der Weimarer Republik, aufzuräumen und vermeintlich korrupte Machenschaften früherer Politiker zu bestrafen. So wurden auch in Aurich, Emden und Leer Untreuevorwürfe gegen frühere leitende Beamte und Politiker erhoben.³³ Ob es auch im Fall Diedrich Dannemanns darum ging, dass sich die Oldenburger NS-Führungsriege als Aufklärer früherer Vergehen präsentieren wollte, kann heute nicht mehr beurteilt werden. In den im Landesarchiv Oldenburg aufgehobenen staatlichen Schriftgut findet sich kein Hinweis, dass es sich um eine gezielte Verleumdung gehandelt habe.³⁴

Offensichtlich noch in Unkenntnis seines Freitods beschloss der Gemeinderat am 28. Dezember 1933 rund 30.000 Reichsmark von Dannemann zurückzufordern. Die Auseinandersetzung um

³¹ Peter Haupt schreibt, dass Diedrich Dannemann in der Folge der Weltwirtschaftskrise die „fixe Idee“ einer drohenden Inflation gehabt hätte. Vgl. Haupt, Peter: Dannemann, Diedrich Hinrich Karl, in: Friedl, Hans/Günther, Wolfgang/Günther, Arndt, Hilke/Schmidt, Heinrich (Hrsg.): Biografisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1992, S. 141. Haupt orientiert sich in seiner Darstellung u.a. an dem Bericht über den Selbstmord Dannemanns in den Nachrichten für Stadt und Land vom 28. Dezember 1933, der auch die Einordnung als „fixe Idee“ entnommen ist.

³² Handschriftlicher Vermerk, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 231-1 Nr. 37.

³³ Kellner, Wolfgang: Verfolgung und Verstrickung, Hitlers Helfer in Leer. Studie zur Rolle der Kommunen und ihrer Führungskräfte an ausgewählten Beispielen, Leer 2017, S. 31.

³⁴ Einzig eine Eintragung aus der 2014 geschriebenen und nicht publizierten Pfarrchronik der Gemeinde Wardenburg verweist auf diesen Zusammenhang. Für das Jahr 1933 ist in der Pfarrchronik vermerkt: *„Der sehr verdiente Gemeindevorsteher Diedrich Dannemann wird im Vollzug der ‚Gleichschaltung‘ ersetzt durch den Ortsgruppenleiter Gustav Kretzer. Die neuen Machthaber wollen aber ihre überlegenen politischen Gegner völlig erledigen. Dazu strengen sie ein Verfahren gegen ihn an wegen Unregelmäßigkeiten in seiner Amtsführung, die sie entdeckt haben wollen. Ehe das Gerichtsverfahren eröffnet wird, stirbt er gegen Jahresende eines plötzlichen Todes. Schade um den fähigen Mann! Er wird noch oft vermisst werden.“* Pfarrchronik der Gemeinde Wardenburg, 2014. Die in der Pfarrchronik gemachten Eintragungen sind eine Zusammenstellung von Quellen, Literatur und Internetangaben. Verweise auf die jeweilige Herkunft des Textes gibt es nicht. Daher ist auch unklar, woher der Eintrag aus dem Jahr 1933 kommt oder ob dieser überhaupt 1933 geschrieben wurde. Der Quellenwert der Chronik ist damit stark eingeschränkt. Das Original des Eintrages 1933 war weder im Landesarchiv Niedersachsen noch im Archiv des Oberkirchenrates Oldenburg noch im Archiv der Gemeinde Wardenburg zu finden. Zum entsprechenden Zeitpunkt war Friedrich Thorade Pastor in Wardenburg. Sollte es das Schriftstück gegeben haben, stammt es vermutlich von ihm.

diese Rückgabeforderung und der Kampf um die Entschuldung des Guts Hundsmühlen führte in der Folge sein Sohn Robert Dannemann fort.

Archive

Niedersächsisches Landesarchiv Standort Oldenburg

Best. 136 Nr. 1730

Best. 136 Nr. 1763

Best. 213 Nr. 142

Best. 231-1 Nr. 37

Erw 86 Best. 271-62 Nr. 812/3

Rep 980 Best. 351 Nr. 23120

Erw 51 Best. 350 Nr. 1631

Bundesarchiv Berlin

B 564 524

Gemeinde Wardenburg

Akten zur Zwangsverwaltung des Besitzes von Diedrich Dannemann

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 11. August 1928

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6. Februar 1929

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 28. Februar 1931

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 21. Dezember 1933

Literatur

- Faß, Dirk: Aufstieg und Fall eines Politikers, in: Northwest-Heimat (Beilage der NWZ) vom 15. August 2015, S. 1-2.
- Gruner, Wolf: Die Kommunen im Nationalsozialismus: Innenpolitische Akteure und ihre wirkmächtige Vernetzung, in: Reichardt, Sven/Seibel, Wolfgang: Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2011, S. 167-211.
- Kellner, Wolfgang: Verfolgung und Verstrickung, Hitlers Helfer in Leer. Studie zur Rolle der Kommunen und ihrer Führungskräfte an ausgewählten Beispielen, Leer 2017.

- Meiners, Werner: Menschen im Landkreis Oldenburg 1918-1945. Politische Entwicklung – Ereignisse – Schicksale, Oldenburg 1995.
- Haupt, Peter: Dannemann, Diedrich Hinrich Karl, in: Friedl, Hans/Günther, Wolfgang/Günther, Arndt, Hilke/Schmidt, Heinrich (Hrsg.): Biografisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, Oldenburg 1992, S. 140-141.
- Stelljes, Wolfgang: Wardenburg. Ein Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde im Oldenburger Land, Oldenburg 1995.

Robert Dannemann

Robert-Dannemann-Weg

Robert Otto Dannemann, 6. Februar 1902 - 28. September 1965

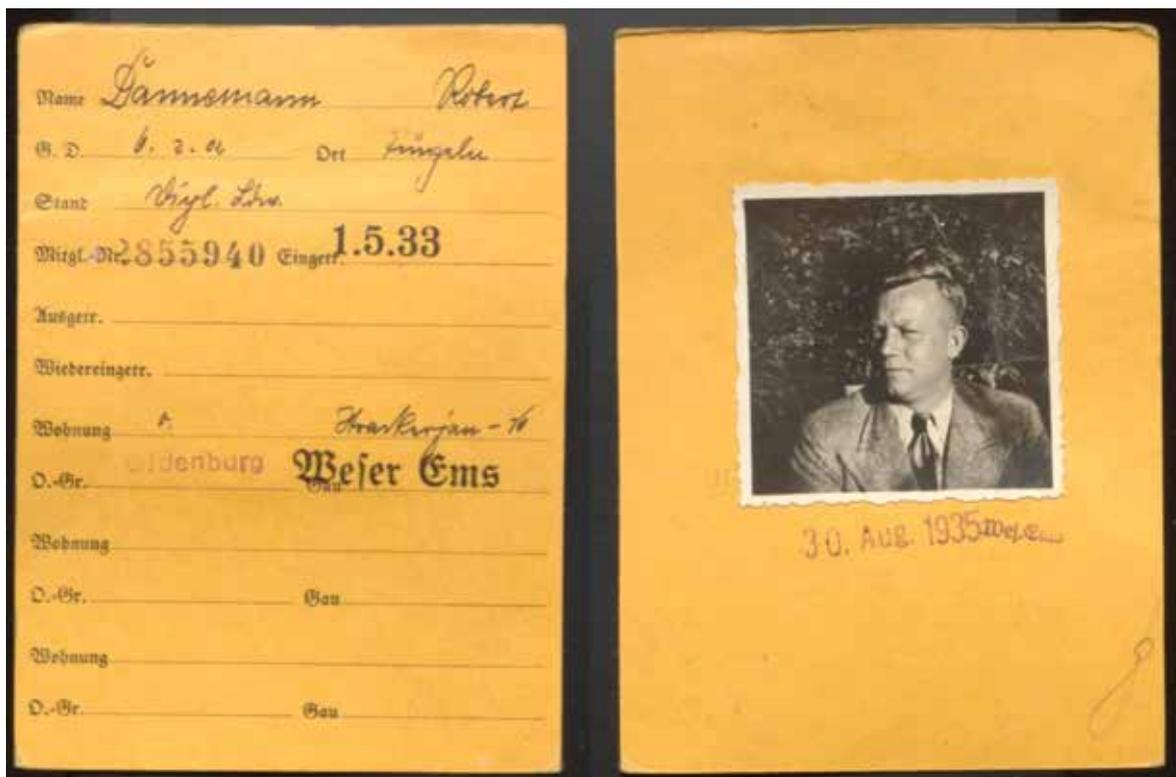
Biografische Skizze

* 6. Februar 1902	
1908-1911	Besuch der Volksschule Tungeln
1911-1918	Besuch der Oberrealschule Oldenburg
1919-1924	Berufspraktische Ausbildung auf dem Hof der Eltern in Tungeln
1924-1930	Studium der Agrarwissenschaften in Göttingen, Berlin und Kiel
Winter 1927/1928	Anstellung als landwirtschaftliche Lehrkraft in Oldenburg
1929-1933	Leiter der Hauptstelle für Pflanzenschutz der Landwirtschaftskammer Weser-Ems
1. Mai 1933	Eintritt in die NSDAP
21. Juni 1933	Eintritt in die SA (Standarte III/91, ab Januar 1938 Mitglied der SA-Reiter-Standarte I/63 im Rang eines Oberscharführers)
ab Dez. 1933 -	Unterabteilungsleiter II C – Ackerbau bei der Landesbauernschaft Weser-Ems
ab April 1938	Ernennungen zum Landwirtschaftsrat und Überführung ins Beamtenverhältnis
Feb. 1946	Entlassung als Abteilungsleiter wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und der Reiter-SA
Sep. 1948	Einstufung in der Kategorie V (entlastet) im Entnazifizierungsverfahren
1948-1952	Mitglied im Wardenburger Gemeinderat
1948-1955	Mitglied des Kreistag des Landkreises Oldenburg
1949-1955	Abgeordneter für die FDP im Deutschen Bundestag
1949-1955	Direktor der Landwirtschaftskammer Weser-Ems
1955-1965	Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg
... 28. September 1965	

Zeit des Nationalsozialismus

NSDAP-Mitgliedschaft

Robert Dannemann trat am 1. Mai 1933 der NSDAP (Mitgliedsnr. 2855940) bei, den Antrag auf Beitritt hatte er im April 1933 gestellt.¹ Damit lässt sich Robert Dannemann den so genannten „Märzgefallenen“ zuordnen. Mit den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 war endgültig klar, dass sich die Nationalsozialisten an der Macht halten würden. Allein im April 1933 stellten über 200.000 Personen einen Mitgliedsantrag. Bei denjenigen, die ab den Märzahlen der NSDAP beigetreten waren, wurde kollektiv der 1. Mai 1933 als Eintrittsdatum vermerkt.²



Seinen Eintritt erklärte Robert Dannemann im Entnazifizierungsverfahren folgendermaßen: „Nachdem 1933 die NSDAP auf legalem Wege zur Macht gekommen war und auch vom Ausland überall anerkannt wurde, glaubte ich, meine Kraft zur Verfügung stellen zu müssen.“⁴ Ein Amt innerhalb der Partei übernahm er nicht.

Neben der NSDAP-Mitgliedschaft war er seit dem 21. Juni 1933 Mitglied der SA und hatte zunächst den Rang eines Truppführers und später eines Oberscharführers inne.⁵ Dieser Rang

¹ NSDAP-Mitgliederkartei, Robert Dannemann, Bundesarchiv Berlin, R 9361-VIII/5610605. Im Fragebogen des Reichsnährstandes gab Robert Dannemann den April 1933 als Datum für den Mitgliedsantrag an. Fragebogen des Reichsnährstandes vom 14. April 1934, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

² Vgl. Falter, Jürgen: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2020, S. 74-75. Bei knapp 1,5 Millionen Mitgliedern der NSDAP lautete das Eintrittsdatum 1. Mai 1933.

³ NSDAP-Mitgliederkartei, Robert Dannemann, Bundesarchiv Berlin, R 9361-VIII/5610605.

⁴ Erklärung Robert Dannemann, ohne Datum, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

⁵ Robert Dannemann war von 1933-1935 dem Gebiet Oldenburg (III/91) zugeteilt. Nach einer Umstrukturierung

entsprach in der Armee ungefähr dem eines Unterfeldwebels. Er lässt sich der mittleren Führungsebene zuordnen. Robert Dannemann betonte nach 1945, dass er der Reiter-SA angehört habe. In diese seien 1933 automatisch alle Reitvereine überführt worden. Er sei über seine Mitgliedschaft im Reitsportverein in die Reiter-SA gelangt. Nele Maya Fahnenbruck, die sich in ihrer Forschung mit dem Pferdesport zur Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt hat, kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass die „Reitvereine [...] vor und nach 1933 Bestand [hatten] und [...] nicht, anders als bislang angenommen, geschlossen in SA- oder SS-Formationen übernommen“⁶ wurden. Eine Beitrittspflicht zum Nationalsozialistischen Reiterkorps (NSRK) und der Reiter-SA gab es nur, wenn die Person den „Reiterschein“ erwerben wollte.⁷ Sie resümiert, dass die Mitgliedschaft in der Reiter-SA eine „freiwillige und persönliche Entscheidung“⁸ gewesen sei. Die wenigen noch vorliegenden regionalen Zeitungsberichte zum Reitsport verweisen darauf, dass die Situation vor Ort in Teilen unterschiedlich war und in der Tat einige Vereine geschlossen zur Reiter-SA übertraten. Hierüber wurde jedoch vorab als Verein entschieden und es wäre die Möglichkeit des Austritts geblieben.⁹



10

ging die SA Oldenburg in der SA Weser-Ems (I/63) auf. Anfrage politische Beurteilung Robert Dannemanns bei der Obersten SA-Führung vom 19. September 1940, Bundesarchiv Berlin, R9361 II 566425. Es liegt nur die Anfrage für die Beurteilung, aber leider nicht die Beurteilung selber vor. Zur Umstrukturierung der SA: Rademacher, Michael: Die Kreisleiter der NSDAP im Gau Weser-Ems, Marburg 2005, S. 400.

⁶ Fahnenbruck, Nele Maya: NSRK, SA-Reiterei, Reiter-SS – Organisation und Struktur des Pferdesports im Nationalsozialismus, in: SportZeiten, 12. Jhg., Nr. 1/2012, S. 7-37, hier S. 32. Vgl. auch: Fahnenbruck, Nele Maya: „... reite für Deutschland“. Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus, Hamburg 2013, S. 213-248.

⁷ Fahnenbruck, Nele Maya: NSRK, SA-Reiterei, Reiter-SS – Organisation und Struktur des Pferdesports im Nationalsozialismus, in: SportZeiten, 12. Jhg., Nr. 1/2012, S. 7-37, hier S. 15-16.

⁸ Fahnenbruck, Nele Maya: NSRK, SA-Reiterei, Reiter-SS – Organisation und Struktur des Pferdesports im Nationalsozialismus, in: SportZeiten, 12. Jhg., Nr. 1/2012, S. 7-37, hier S. 32.

⁹ Als Beispiel sei hier der Reitverein Sillenstede angeführt. Vgl. Der erste SA-Reittrupp im Jeverland gebildet, in: Jeverches Wochenblatt vom 13. Mai 1933.

¹⁰ Robert Dannemann in SA-Uniform im Jahr 1933 oder 1934, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

Darüber hinaus war Robert Dannemann Mitglied der Deutschen Jägerschaft, gehörte dem Reichsluftschutzbund an und trat 1938 dem Reichsbund der deutschen Beamten bei. Er erhielt im Zweiten Weltkrieg das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse, das in hoher Stückzahl sowohl an verdiente Soldaten als auch an Zivilisten verliehen wurde.¹¹ Wofür Robert Dannemann geehrt wurde, ist in den Akten nicht festgehalten worden.¹²

In der Personalakte von Robert Dannemann finden sich mehrere Beurteilungen zu seiner Person. So wurde 1937 anlässlich seiner geplanten Übernahme ins Beamtenverhältnis von der Gauleitung Weser-Ems festgehalten, dass gegen Robert Dannemann in „politischer Hinsicht keine Bedenken“¹³ bestehen. In einer anderen Beurteilung aus dem Sicherheitshauptamt hieß es im gleichen Jahr: *„Obengenannter hat bereits vor der Machtübernahme mit der NSDAP sympathisiert. Nachteiliges in politischer Hinsicht ist über ihn hier bisher nicht bekannt geworden. D. nimmt regen Anteil an den sozialen Veranstaltungen in der Bewegung. In charakterlicher Hinsicht wird er nicht beanstandet. Als Freimaurer ist D. hier nicht erfasst.“*¹⁴ Vom Landesbauernführer wurde ihm die „Zuverlässigkeit zum nationalsozialistischen Staat“ bestätigt. Gleichzeitig wurde auch immer sein besonderes fachliches Können hervorgehoben.¹⁵ Die Beurteilungen der politischen Zuverlässigkeit waren fester Bestandteil jeder Personalakte. Ohne eine positive Bestätigung der politischen Haltung war es in der Zeit des Nationalsozialismus kaum möglich, im öffentlichen Dienst eine Position und schon gar nicht eine Führungsposition zu bekleiden. Dies musste nicht unbedingt bedeuten, dass es nicht auch auf unterer Ebene und im kleineren Rahmen Auseinandersetzungen geben konnte, wie die Streitigkeiten um das Gut Hundsmühlen zeigen.

Tod des Vaters und Auseinandersetzungen um das Gut Hundsmühlen

Bereits drei Tage nachdem sein Vater Diedrich Dannemann verhaftet worden war, meldete sich der Rechtsanwalt Paul Lewe, der die Gläubiger vertrat, bei Robert Dannemann und drang auf eine Regelung der Schuldenfrage. Paul Lewe schlug den Verkauf des Hofes oder aber ein Entschuldungsverfahren vor.¹⁶ Die Kinder von Diedrich Dannemann hatten nach dessen Freitod

¹¹ Das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse wurde ca. 2,7 Millionen Mal verliehen.

¹² Angabe Robert Dannemanns auf dem Fragebogen für die politische Überprüfung, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

¹³ Beurteilung Robert Dannemanns durch die Gauleitung Weser-Ems vom 14. Oktober 1937, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

¹⁴ Vertrauliche Beurteilung aus dem Sicherheitshauptamt vom 10. Dezember 1937, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629. In der Akte finden sich weitere Schreiben, die bestätigen, dass in politischer Hinsicht „keine Bedenken“ gegen Robert Dannemann bestehen. Bspw. Beurteilung von der Partei/Stellvertreter des Führers vom 1. Juni 1940, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

¹⁵ Beurteilung des Unterabteilungsleiters II C 5 Dannemann vom 30. April 1937, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

¹⁶ Brief von Paul Lewe an Robert Dannemann vom 21. Dezember 1933, Niedersächsisches Landesarchiv,

das Erbe ausgeschlagen. Damit ging es an den minderjährigen Günther Gerhard Dannemann, dem Sohn von Robert Dannemann. Robert Dannemann hatte davon einen doppelten Vorteil. Zum einen konnten die Schulden nicht direkt mit seinem Verdienst abgegolten werden. Zum anderen hatte die Familie Dannemann ein Interesse daran, als „Erbhof“ in die „Erbhöferolle“ eintragen zu werden. Erbhöfe, so die nationalsozialistische Ideologie, sollten im Sinne der Blut- und Bodenmythologie im Besitz einer Familie bleiben.¹⁷ Vererbt werden durfte daher nur nach dem Anerbenrecht. Durch den Verzicht aller anderen Familienmitglieder bis auf den dann alleinigen Erben des Hofes Günther Gerhard Dannemann war diese Voraussetzung erfüllt. Der große Vorteil für die Höfe war, dass diese unter einem Vollstreckungsschutz standen und es besondere Entschuldungsmaßnahmen gab.¹⁸ Da das Gut Hundsmühlen immer wieder kurz vor der Zwangsversteigerung stand und hoch verschuldet war, stellte Robert Dannemann den Antrag, als „Erbhof“ eingetragen zu werden. Am 9. April 1934 bewilligte dies das Anerbengericht Oldenburg.¹⁹ 1934 beantragte Robert Dannemann für seinen Sohn die Entschuldung.²⁰ Das Verfahren war kompliziert, es musste zum Beispiel vorab geklärt werden, ob es sich um eine Siedlungsstelle handelte oder nicht. Eine Siedlungsstelle hätte nicht entschuldet werden können. Mit immer neuen Anträgen konnten die Gläubiger das Entschuldungsverfahren bis 1938 beständig verzögern. Ziel war es, wie der Anwalt der Gemeinde Heinrich Cornelius Paul in einem Schreiben an den Bürgermeister Gustav Kretzer und andere Gläubiger schrieb, durch die vielen Anträge Robert Dannemann „mürbe“²¹ zu machen.

Die Gemeinde Wardenburg versuchte noch bis 1938 Dannemann zum Verkauf von Anteilen seines Gutes zu drängen, damit dieser die Sudowsche Erbschaft auszahle.²² Robert Dannemanns Vater Diedrich Dannemann war am 18. Dezember 1933 wegen des Vorwurfs der Untreue verhaftet worden. Ihm wurde vorgeworfen, die Erbschaft von Ferdinand Joseph Sudow veruntreut und möglicherweise für eigene Zwecke eingesetzt zu haben. Die Vorwürfe wurden nicht weiter

Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631. Ein Entschuldungsverfahren konnte seit dem am 1. Juni 1933 in Kraft getretenen „Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse“ durchgeführt werden. Ziel war es, gemeinsam mit den Gläubigern eine Regelung zu treffen, bei der diese auf einen Teil ihres Anspruches verzichteten, um so eine Zwangsversteigerung zu verhindern.

¹⁷ Vgl. hierzu: Blaschke, Anette: Zwischen „Dorfgemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“. Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus, Paderborn 2018, S. 157-175.

¹⁸ Münkel, Daniela: Bäuerliche Interessen versus NS-Ideologie. Das Reichserbhofgesetz in der Praxis, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 44 (1996), Heft 4, S. 549-580.

¹⁹ Entscheidung des Anerbengerichts Oldenburg vom 9. April 1934, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁰ Schreiben der Landesbauernschaft Oldenburg an das Amtsgericht vom 29. Juni 1934, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, überlieferten Akte Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²¹ Brief des Anwalts Paul an die Spar- und Darlehnskasse Wardenburg, Bürgermeister Kretzer, Landessparkasse Oldenburg und Antonie Eggers vom 29. Juni 1938. Das Schriftstück wurde von der Gemeinde Wardenburg zur Verfügung gestellt.

²² Bericht für den Landesbauernführer Groeneveld vom 28. Mai 1938, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

aufgeklärt, da sich Diedrich Dannemann am 27. Dezember 1933 im Gefängnis das Leben nahm. Heute lässt sich nicht mehr nachvollziehen, ob die Vorwürfe berechtigt waren oder ob es sich um Verleumdung handelte. Laut Auskunft des Anwalts der Gläubiger habe Robert Dannemann vor der Entschuldungsbeschwerdekammer des Landgerichts Oldenburg angegeben, sein Vater hätte ein Recht darauf gehabt, die Erbschaft Sudows für sich zu verwenden, denn die Erbschaft sei nur aufgrund seiner Einflussnahme an Wardenburg gegangen.²³

Die Gemeinde Wardenburg war aber nur ein Gläubiger von vielen. Robert Dannemann hoffte auf die Unterstützung durch den Reichsnährstand. Von diesem fühlte er sich jedoch im Stich gelassen und machte seinen Unmut deutlich: *„Mit Ihrem [Hauptabteilungsleiter Abel, M. Witkowski] Schreiben vom 28. 2., das mir am 3. IV. erst nach Verhandlungstermin zugestellt worden ist, teilen Sie mir kurz mit, dass Sie nicht in der Lage sind, mich in dem Termin zu vertreten. Mit Befremden habe ich von dieser Erklärung Kenntnis genommen. Ich darf hierzu bemerken, dass die Gegenseite zu diesem Termin mit nicht weniger als 3 Juristen und 3 übrigen Herren geladen hatte, die alle erschienen waren. Ja selbst ein Jurist aus Berlin war von der Gegenseite zu diesem Termin bestellt und erschien, während die eigene Berufsvertretung – der Reichsnährstand – mich vollkommen im Stich gelassen hat. Es ist bedauerlich, dass man so wenig Unterstützung in solch wichtigen Entscheidungen bei der Landesbauernschaft findet. Ich bitte um Angabe, aus welchem Grunde die Hauptabteilung I, die Vertretung meiner Angelegenheit versäumt hat. Wenn die Gegenseite es fertig bringt, dass nicht weniger als 6 Herren erscheinen, dann müsste es doch merkwürdig sein, wenn die Landesbauernschaft Oldenburg nicht einmal einen Vertreter entsenden kann. Abschrift dieses Schreibens gelangt an den kom. Landesbauernführer zur gefl. Kenntnisnahme. Heil Hitler! Robert Dannemann.“*²⁴ Hauptabteilungsleiter Abel reagierte ähnlich scharf auf die Vorwürfe Robert Dannemanns: *„[...] Wenn Sie diese Benachrichtigung erst am 3.3.1936 nach dem Verhandlungstermin erhalten haben, ist das sehr bedauerlich, aber nicht auf mein Verschulden zurückzuführen. Im übrigen besteht keine Veranlassung mit Befremden davon Kenntnis zu nehmen, daß ich nicht in der Lage war, Sie in dem Termin zu vertreten. Der Reichsnährstand ist keine Berufsvertretung, der die Aufgabe hat, die einzelnen Mitglieder vor Gericht oder anderen Behörden zu vertreten. [...] Ich hatte keine Veranlassung, von dieser bindenden Anordnung des Reichsbauernführers in Ihrem Sonderfalle abzuweichen, ganz besonders deshalb nicht, wie ich annehmen mußte, daß Sie sich in dem Termin vor dem Landgericht selbst vertreten werden.“*²⁵

²³ Schreiben der Anwälte Lewe und Paul, die die Gegenseite vertraten, an das Anerbengericht Oldenburg vom 29. Juli 1937, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁴ Schreiben Robert Dannemanns an den Hauptabteilungsleiter I Abel vom 4. März 1936, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, überlieferten Akte Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁵ Schreiben Abels an Robert Dannemann vom 9. März 1936, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung

Die Streitigkeiten, die zuletzt vor allem zwischen der Gemeinde Wardenburg und Robert Dannemann ausgetragen wurden, zogen sich bis ins Jahr 1938. Immer wieder ging es um die gegenseitige Beschuldigung, den Prozess zu verzögern. Am 12. August 1938 fand aufgrund der festgefahrenen Gespräche eine erste Besprechung im Beisein der Gauleitung statt. Gauleiter Carl Röver äußerte bei diesem Treffen den Wunsch, dass eine gütliche Vereinbarung so schnell wie möglich getroffen werden sollte. Diesem Wunsch kam Robert Dannemann aus der Perspektive des Amtsleiter des Gaustabes der NSDAP Heinrich Walkenhorst nicht schnell genug nach. In einem Brief an den Landesbauernführer Jacques Groeneveld schrieb dieser am 30. August 1938: *„Ich muß mich, offen gestanden, sehr darüber wundern, daß der Parteigenosse Dannemann es wagt, durch sein böswilliges Hinauszögern der ganzen Angelegenheit den Wunsch des Gauleiters so wenig zu respektieren. [...] Ich bitte Sie, den Parteigenossen Dannemann vorzuladen und ihm ernsthaft klar zu machen, daß er durch seine wenig bereitwillige Haltung in seiner ganzen Sache hier bei der Gauleitung einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht hat und daß wir uns ausdrücklich vorbehalten müssten, gegebenenfalls gegen ihn als Parteigenossen die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Inwieweit dann noch eine hauptamtliche Tätigkeit des Herrn Dannemann zu verantworten ist, überlassen wir Ihrer Beurteilung.“*²⁶ Jacques Groeneveld gab das Schreiben von Heinrich Walkenhorst mit der Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes an Robert Dannemann weiter. Daraufhin unterschrieb Dannemann einen Vergleich.²⁷ Zugleich stellte er noch mal den Sachverhalt aus einer Sicht richtig, was bei Heinrich Walkenhorst zu noch größerer Verärgerung führte. Am 15. Oktober 1938 teilte Dannemann der Landesbauernschaft mit: *„Stattdessen versucht Dr. Paul [Anwalt der Gemeinde Wardenburg, M. Witkowski] immer wieder durch seine übertriebenen Forderungen die angeschnittenen Vergleichsverhandlungen unmöglich zu machen, um dann bei meiner Ablehnung die Parteistellen gegen mich mobil zu machen, um somit seine kapitalistischen Ziele verfolgen zu können. So liegt der wahre Sachverhalt.“*²⁸ Darauf erwiderte Auf dem Hövel, Zuständiger in der Kanzlei des Gauleiters: *„[...] Als eine Unverschämtheit muß ich den letzten Teil des Berichts von Herrn Dannemann bezeichnen, in dem er Herrn Dr. Paul beschuldigt, durch übertriebene Forderungen die angeschnittenen Vergleichsverhandlungen unmöglich zu machen, um dann bei*

Oldenburg, Akte Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁵ Brief von Abel an Robert Dannemann vom 4. März 1936. Eine Abschrift des Briefes sandte Abel an den Landesbauernführer weiter. Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, überlieferten Akte Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁶ Brief von Heinrich Walkenhorst an Groeneveld vom 30. August 1938, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁷ Der Brief vom 24. September 1938 stammt vermutlich von Groeneveld und ging an die Kanzlei des Gauleiters in Oldenburg. Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

²⁸ Darlegung Robert Dannemanns gegenüber der Landesbauernschaft Weser-Ems vom 15. Oktober 1938, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

*Ablehnung dieser Forderung durch Herrn Dannemann die Parteidienststellen gegen ihn mobil zu machen. Die Gauleitung läßt sich grundsätzlich von niemanden gegen irgend jemanden mobil machen, sondern handelt stets aus eigenen Entschlüssen und auf Grund eigener Anschauung, die sie von einer Sache gewonnen hat und im Falle Dannemann haben wir unsere eigene Meinung und unsere eigene Anschauung: Darüber kann Herr Dannemann sich völlig im Klaren sein. Heil Hitler!*²⁹

Durch den Verkauf von Ländereien im Umfang von 6 ha und den Verkauf der Gastwirtschaft an seinen Bruder konnten am Ende alle Gläubiger bis auf die Deutsche Siedlungsbank, der Robert Dannemann weiterhin 50.000 Reichsmark schuldete, befriedigt werden. Das Verfahren schien damit endgültig abgeschlossen zu sein. Aus mehreren Schreiben aus dem Dezember 1939 geht aber hervor, dass es weiterhin Unstimmigkeiten gab bzw. Verträge falsch aufgesetzt worden waren. Involviert waren nun sowohl Ministerpräsident Georg Joel als auch Gauleiter Carl Röver. Letzterer forderte, dass die Parteien die Angelegenheit schnell klären sollten. Unter einem Bericht, der sowohl handschriftliche Notizen von Georg Joel als auch von Carl Röver enthält, ist vermutlich von Röver die Drohung notiert: „Sollte das nicht ziehen, gehe ich zu Heß.“³⁰ Unter dem Schreibens ist darüber hinaus „tolle Sache!“ vermerkt. Nicht ganz klar wird, an wen sich die Drohung richtete. Es lässt sich aufgrund des Kontextes vermuten, dass damit in erster Linie Robert Dannemann adressiert war. Die Akte endet 1940 und es scheint am Ende doch noch eine Lösung gefunden worden zu sein.

*Wirken im Reichsnährstand*³¹

1929 wurde Robert Dannemann von der Landwirtschaftskammer zum Leiter der Grünlandabteilung und Pflanzenschutz berufen. 1938 stieg er zum Leiter der Abteilung Ackerbau der Landesbauernschaft Weser-Ems auf. Diese Stelle leitete er bereits seit zwei Jahren kommissarisch. Da gegen Robert Dannemann aus Sicht der Amtsleitung keine politischen Bedenken vorlagen und ihm attestiert wurde, „ausgezeichnete Erfolge“³² verzeichnen zu können, wurde er im

²⁹ Brief van dem Hövel an den Landesbauernführer Groeneveld vom 25. Oktober 1928, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Erw 51 Best. 350 Nr. 1631.

³⁰ Durchschrift an den Ministerpräsidenten Pg. Joel, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1763. Rudolf Heß fungierte als der ‚Stellvertreter des Führers‘ in der Parteileitung. Er war u.a. für die Überprüfung der politischen Zuverlässigkeit der Beamtenanwärter zuständig.

³¹ Robert Dannemann hielt im Jahr 1960 eine Rede zum Thema „60 Jahre Landwirtschaftskammer in Oldenburg“. In seiner Rede, die als Broschüre auch publiziert wurde, lässt er die Jahre 1933 bis 1945 aus und begründet dies folgendermaßen: „Da ich jedoch im Rahmen dieses Vortrages die Landwirtschaftskammer nur als demokratisch gewählte Selbstverwaltung behandeln möchte, sei es mir gestattet, diese Zeit des Reichsnährstandes sowohl personell als auch sachlich zu übergehen. Das soll kein Werturteil sein.“ Dannemann, Robert: 60 Jahre Landwirtschaftskammer in Oldenburg, Vortrag von Verwaltungspräsident Robert Dannemann anlässlich der Kammerversammlung der Landwirtschaftskammer Weser-Ems am 17. November 1960, Oldenburg 1960, S. 11.

³² Beurteilung Robert Dannemanns von der Landesbauernschaft Weser-Ems vom 30. April 1937, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

Frühjahr 1938 auf Lebenszeit verbeamtet.³³ In Anwesenheit vom Landesbauernführer Weser-Ems Jacques Groeneveld schwor er am 2. Mai 1938 den Treueid auf Adolf Hitler.³⁴ Im November 1940 liefen erste Vorüberlegungen, Dannemann zum Oberlandwirtschaftsrat zu befördern und entsprechend besser zu besolden. Dieser Schritt wurde dann aber auf die Zeit nach Ende des Kriegs verlegt.³⁵ Dannemann erhob hiergegen Einspruch. Ihm sei immer wieder erklärt worden, dass eine bessere Besoldung wegen des Kriegs nicht möglich sei, allerdings müsse er „laufend feststellen, dass bei anderen LBschen [Landesbauernschaften, M. Witkowski], ja selbst bei anderen Mitarbeitern der eigen LBsch, derartige Beförderungen und Ernennungen möglich sind.“³⁶ Weiter in seinem Schreiben heißt es: „*Ich möchte noch darauf hinweisen, dass ich von sämtlichen AL [Abteilungsleiter, M. Witkowski] am längsten bei der LBsch tätig bin und schliesslich die größte und sicher nicht die unwichtigste Abteilung habe. Auch bin ich der einzige ältere II C 1-Leiter im ganzen Reich, der nicht nach 2b besolden wird – lediglich deswegen, weil s.Zt. aus persönlichen Gründen der damalige StL II meine Stelle nicht nach 2 b vorgeschlagen hat.*“³⁷ Hintergründe, ob und wenn ja warum seine Beförderung vom damaligen Stellenleiter verhindert wurde, lassen sich in den Akten nicht mehr finden. Landesbauernführer Jacques Groeneveld unterstützte den Antrag von Robert Dannemann.³⁸ Weitere Akten liegen hierzu nicht vor, es ist aber fraglich, ob in der Kriegssituation noch eine höhere Besoldung vorgenommen wurde.

Robert Dannemann veröffentlichte im Rahmen seiner Tätigkeit zahlreiche Artikel im *Landwirtschafts-Blatt*, das ab 1935 in *Wochenblatt der Landesbauernschaft Weser-Ems* umbenannt wurde. Die Zeitschrift, die sich an die ländliche Bevölkerung im Land Oldenburg richtete, enthielt neben Sachinformationen auch zahlreiche politische Propagandaartikel. Die Beiträge von Robert Dannemann waren jedoch zumeist sachlich und behandelten vor allem die Themen Bau von Siloanlagen³⁹, Eiweißgewinnung durch den Anbau von Feldfutterpflanzen⁴⁰,

³³ Ernennung durch den Reichsbauernführer vom 27. April 1938, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

³⁴ Bericht Landesbauernschaft Weser-Ems vom 2. Mai 1938, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

³⁵ Vorschlag zur Beförderung des LR. Robert Dannemann zum OLR vom 23. April 1940; Brief der Landesbauernschaft Weser-Ems an das Verwaltungsamt des Reichsbauernführers vom 9. November 1940, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

³⁶ Abschrift eines Briefes von Robert Dannemann an die Landesbauernschaft vom 1. Januar 1943, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

³⁷ Abschrift eines Briefes von Robert Dannemann an die Landesbauernschaft vom 1. Januar 1943, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

³⁸ Brief des Landesbauernführers Weser-Ems Jacques Groeneveld an den Reichsbauernführer vom 16. Januar 1943, Abschrift eines Briefes von Robert Dannemann an die Landesbauernschaft vom 1. Januar 1943, Bundesarchiv Berlin, R 16/5629.

³⁹ Bspw.: Wie baut man einfache, praktische Silogruben? in: Oldenburgisches Landwirtschafts-Blatt. Zeitschrift des Oldenburgischen Landwirtschaftskammer, vom 23. Juli 1934, S. 697.

⁴⁰ Bspw. Eiweißgewinnung im Eigenbetriebe durch Anbau von Feldfutterpflanzen, in Oldenburgisches Landwirtschafts-Blatt. Zeitschrift des Oldenburgischen Landwirtschaftskammer, vom 10. März 1934, S. 257-259; Wiesenkraut, das uns viel Sorge macht, in: Wochenblatt der Landesbauernschaft Weser-Ems vom 1. Juli 1944,

Pflanzenkrankheiten⁴¹ und der Anbau von Flachs und Ölfrüchten⁴². Es lassen sich in den zahlreichen Beiträgen nur wenige als politisch zu verstehende Hinweise finden. So leitet Robert Dannemann im März 1935 seinen Beitrag zur Eiweißgewinnung im *Wochenblatt der Landesbauernschaft Oldenburgs* mit folgenden Worten ein: „Die Sicherstellung des Eiweißbedarfs in unseren landwirtschaftlichen Betrieben ist ohne Frage eine der dringendsten Aufgaben im Rahmen der Erzeugungsschlacht. Was nutzt uns eine Tierzucht und Tierhaltung, die stark vom eigenen Boden losgelöst ist und deren Leistung vielfach vom Zukauf fremder Kraftfuttermittel abhängig ist. Eine derart starke Abhängigkeit vom Ausland und auch von der Kapitalwirtschaft muß sich in Zeiten irgendwelcher Krisen immer rächen. Jede gesunde Tierzucht steht und fällt daher mit der wirtschaftseigenen Futtergrundlage.“⁴³ Der Artikel lässt sich in den Kontext der seit 1934 proagierten „Erzeugungsschlacht“ einordnen, in der es darum ging, den Grad an Selbstversorgung zu steigern, um damit gleichzeitig die Abhängigkeit vom Ausland zu mindern. Im April 1938 schrieb Robert Dannemann am Ende eines Artikels zu den Leistungen der Landesbauernschaft im Rahmen des Vierjahresplanes: „Der Führer hat mit der nationalsozialistischen Agrarpolitik das Landvolk wieder zur Grundlage des völkischen Aufbaus und den einstmals verachteten Bauernstand zum Ehrenstand des deutschen Volkes gemacht. Wir danken ihm dafür durch Einsatzbereitschaft und Leistung.“ Fett gedruckt war unter dem Beitrag zu lesen: „Am 10. April 1938 sagen wir deshalb alle ‚Ja‘!“⁴⁴ Am 10. April 1938 fand eine Reichstagswahl statt, bei der zugleich auch über den Anschluss Österreichs abgestimmt wurde. Die NSDAP konnte in dieser Scheinwahl 99,1 % aller Stimmen gewinnen. Im Gegensatz zu anderen stark nationalsozialistisch gefärbten Berichten, sind die Beiträge Robert Dannemanns eher zurückhaltend.

Entnazifizierungsverfahren Robert Dannemann

Im Februar 1946 wurde Robert Dannemann wegen seiner Parteimitgliedschaft und seiner Zugehörigkeit zur SA entlassen. Seitdem betrieb er seine Wiedereinstellung. Diese verzögerte sich jedoch immer wieder, auch weil seine Akten zwei Mal verloren gingen.⁴⁵ Im

S. 288-289.

⁴¹ Bspw.: Kartoffelkrankheiten und ihre Bekämpfung, in: *Wochenblatt der Landesbauernschaft Oldenburg* vom 4. Januar 1936, S. 10-11.

⁴² Bspw.: Jetzt an den Flachs anbau denken!, in: *Wochenblatt der Landesbauernschaft Weser-Ems* vom 11. März 1939, S. 326; Der Oelfruchtanbau muß noch weiter ausgedehnt werden!, in: *Wochenblatt der Landesbauernschaft Weser-Ems* vom 14. Juni 1941, S. 519

⁴³ Eiweißgewinnung im Eigenbetriebe durch Anbau von Feldfutter, in: *Wochenblatt der Landesbauernschaft Oldenburg* vom 2. März 1935.

⁴⁴ Leistungen der Landesbauernschaft Weser-Ems im 1. Jahre des Vierjahresplanes, in: *Wochenblatt der Landesbauernschaft Weser-Ems* vom 2. April 1938.

⁴⁵ Erklärung Robert Dannemann, ohne Datum, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

Entnazifizierungsverfahren gab Robert Dannemann an, bereits 1932 durch den Vorstand der Landwirtschaftskammer zu deren Direktor gewählt worden zu sein. Dies sei aber durch die NSDAP-Mitglieder in der Kammer wegen „meiner ablehnenden Stellungnahme“⁴⁶ zur NSDAP abgelehnt worden. Über diese Wahl finden sich heute in den Akten keine Unterlagen mehr. Darüber hinaus, so Robert Dannemann, seien ihm Nachteile durch die Vorgänge um seinen Vater entstanden. Dieser sei wegen seiner „scharfen Ablehnung der NSDAP abgesetzt“ und auf „Betreiben der Partei in Haft genommen“ worden.⁴⁷ Aufgrund der überlieferten Akten lässt sich heute nicht mehr sagen, ob Robert Dannemanns Vater, Diedrich Dannemann, wegen Verleumdung oder tatsächlich begangenen Unrecht ins Gefängnis kam. „Scharf abgelehnt“ hat er die Partei jedoch nicht. Robert Dannemann verwies in seinem Schreiben auf die Mitgliedschaft seines Vaters in der Deutschen Volkspartei, verschwieg aber, dass dieser später der DNVP angehörte und ab dem 30. Juni 1933 Hostpitan der NSDAP war. Das Verfahren gegen seinen Vater und dessen Verhaftung führte er darauf zurück, dass die Nationalsozialisten einen in der Bevölkerung sehr beliebten Gegenspieler ausschalten wollten. Dieser Zusammenhang ist aber nur bedingt schlüssig. Zum Zeitpunkt der Verhaftung war Diedrich Dannemann schon fast ein halbes Jahr nicht mehr Vorsteher der Gemeinde Wardenburg und der Oldenburger Landtag war bereits entmachtet. Die Fehlbestände in der Erbschaft erklärte Robert Dannemann damit, dass diese von vorn herein „in der Hauptsache in zweifelhaften Papieren und Inventarien“⁴⁸ bestanden hätte. Im Testament von Sudow war jedoch ausdrücklich die Rede von „Kapital“, dessen Zinsen zur Anlegung von Wegen und anderem genutzt werden sollte.⁴⁹ Überprüfen lässt sich das anhand der überlieferten Unterlagen heute nicht mehr. Es hätte nach dem Tod seines Vaters den Versuch gegeben, ihn als „letzten Wissener des wahren Zusammenhanges“⁵⁰ mundtot zu machen. Der von Robert Dannemann angeführte „wahre Zusammenhang“ ist aber der, den Diedrich Dannemann schon in seinem Abschiedsbrief, der in den *Nachrichten für Stadt und Land* vom 28. Dezember 1933 veröffentlicht wurde, geschildert hatte. Daher überzeugt die Argumentation nur bedingt. Diedrich Dannemanns Sicht der Dinge war öffentlich und stellte kein familiäres Geheimwissen dar. Hätte das Wissen nicht öffentlich werden sollen, hätten die Nationalsozialisten den Abdruck des Abschiedsbriefes in der Presse zu verhindern gewusst.

⁴⁶ Erklärung Robert Dannemann, ohne Datum, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

⁴⁷ Erklärung Robert Dannemann, ohne Datum, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

⁴⁸ Brief Robert Dannemanns an den Oberregierungsrat Wiering vom 19. November 1947, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1763.

⁴⁹ Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 11. August 1928. Im Protokoll ist der Wortlaut des Testaments wiedergegeben.

⁵⁰ Brief Robert Dannemanns an den Oberregierungsrat Wiering vom 19. November 1947, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1763.

Zu seiner Verteidigung verwies Robert Dannemann auch auf die „Reibereien“ mit der Partei und die Vorladungen beim Gauleiter Carl Röver. Den Hintergrund der Reibereien, die Auseinandersetzungen um das Gut Hundsmühlen, erläutert er nicht weiter.⁵¹ Die Anträge der Gemeinde Wardenburg, das Gut Hundsmühlen nicht als Erbhof einzustufen sowie die Entschuldung abzulehnen, erklärte Robert Dannemann damit, dass er „gefügig“ gemacht werden sollte. Auch die beiden Treffen beim Gauleiter Röver hätten seiner Einschüchterung gedient.⁵² Diese Einschätzung wird durch die überlieferten Akten gestützt. Auf dem Umstand, dass das Gut hoch verschuldet war und zahlreiche Gläubiger auf ihr Geld pochten, ging Dannemann jedoch nicht weiter ein.

Robert Dannemann konnte in seinem Entnazifizierungsverfahren auf zahlreiche Entlastungsbriefe zurückgreifen. Die darin genannten Aspekte bezogen sich vor allem auf dessen nur nominelle Mitgliedschaft in der NSDAP und seine vermeintlich zwangsweise Überführung in die SA.⁵³ Am 29. September 1947 stuft die britische Militärregierung Robert Dannemann in die Kategorie IV (Mitläufer) ein. Zwei Monate später hatte er sei Amt in der Landwirtschaftskammer zurück. Ein Jahr später konnte er eine Eingruppierung in die Kategorie V (Entlasteter) erreichen.⁵⁴

Wirken nach 1945

1947 trat Robert Dannemann in die Fußstapfen seines Vaters und übernahm den Posten des Gemeinderates in Wardenburg. 1949 erhielt er den Direktorenposten der Landwirtschaftskammer Weser-Ems. Im gleichen Jahr zog er für die FDP in den Bundestag ein. Seit 1955 amtierte er als Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg. Er galt als „Vater des Küstenplans“ und war allgemein bestrebt, die heimische Wirtschaft voranzubringen.⁵⁵ Darüber hinaus setzte er sich für den Ausbau des Schulwesens und den Wohnungsbau ein.

Für die Zeit nach 1945 wurden die zahlreichen Zeitungsberichte und Akten zu Robert Dannemann kursorisch durchgeschaut. Es lässt sich nicht erkennen, dass er jemals öffentlich über seine eigene Position in dieser Zeit gesprochen hätte. Er äußerte sich aber auf einer allgemeinen Ebene zu den Jahren 1933-1945. So nahm er im Jahr 1957 bei der Einweihung eines

⁵¹ Erklärung Robert Dannemann, ohne Datum, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

⁵² Alle Zitate entstammen dem Brief Robert Dannemanns an den Oberregierungsrat Wiering vom 19. November 1947, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 136 Nr. 1763.

⁵³ Bspw. Zeugnis für Herrn Dannemann von Fr. Thorade, Pfarrer, vom 21. Februar 1946; Bescheinigung von H. Baars, Landwirt aus Tungeln, vom 2. April 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

⁵⁴ Entnazifizierungsverfahren Robert Dannemann, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22228.

⁵⁵ Verwaltungspräsident Dannemann ..., in: Nordwestdeutsche Rundschau vom 29. Juni 1965.

Ehrenschreins in der Hindenburgschule (heute Herbartgymnasium) teil. Gedacht wurde den im Krieg getöteten Schülern. Robert Dannemann hatte im Jahr 1918, als die Schule noch die Oberrealschule war, hier sein Abitur abgelegt. In seiner Rede verwies er auf die wichtige Rolle der Jugend: „Fragen wir nach dem Sinn des Opfers dieser unserer Mitschüler, so fällt es uns schwer, die richtige Antwort zu geben [...] aber wir vertrauen auf unsere Jugend, daß ihr der Sinn nicht nach Haß und Streit steht. Sie hat aus der Vergangenheit gelernt, daß die Kraft der Herzen mächtiger ist als alle Waffen ist. Wir suchen Versöhnung und Verständigung. Damit brauchen wir nicht unser nationales Empfinden aufzugeben. Die Liebe und Verehrung für unserer Gefallenen wollen wir auf die Mitmenschen und die Völker übertragen. Die Toten, deren Gedächtnis wir ehren, bleiben uns Vorbild der Pflichterfüllung und Opferbereitschaft.“⁵⁶ Die Jugend sollte ihre Pflicht im Staate erfüllen, für Proteste gegen die Institutionen hatte Robert Dannemann kein Verständnis. 1963 gingen die Studierenden der Staatlichen Ingenieursschule für Bau- und Vermessungswesen auf die Straße, um öffentlich gegen die aus ihrer Sicht unzumutbaren baulichen Zustände in der Schule zu protestieren. Die Verwaltung der Stadt Oldenburg genehmigte den Protestzug, Robert Dannemann in seiner Funktion als Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks verbot diesen jedoch, was ihm harsche Kritik einbrachte.⁵⁷ Robert Dannemann starb am 28. September 1965 überraschend im Alter von 63 Jahren während eines Aufenthalts in Großbritannien.⁵⁸

Archive

NLA Oldenburg

Rep 980 Best. 351 Nr. 22228

Rep 980 Best. 351 Nr. 23120

Erw 51 Best. 350 Nr. 1631

Best. 136 Nr. 1763

Best. 131 Nr. 816

Bundesarchiv Berlin

R 16/5629

R 9361-III/566425

⁵⁶ Zitiert nach: Ehrenschein der Hindenburgschule enthüllt, NWZ vom 26. November 1957.

⁵⁷ Polizei-Aufgebot verhinderte Protestmarsch, NWZ vom 8. November 1963.

⁵⁸ Telegramm des Bundeskriminalamtes Wiesbaden an die Kripo Oldenburg, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Best. 131 Nr. 816.

Wardenburg

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 11. August 1928

Sonstige Quellen

Dannemann, Robert: 60 Jahre Landwirtschaftskammer in Oldenburg, Vortrag von Verwaltungspräsident Robert Dannemann anlässlich der Kammerversammlung der Landwirtschaftskammer Weser-Ems am 17. November 1960, Oldenburg 1960.

Literatur

- Blaschke, Anette: Zwischen „Dorfgemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“. Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus, Paderborn 2018.
- Fahnenbruck, Nele Maya: NSRK, SA-Reiterei, Reiter-SS – Organisation und Struktur des Pferdesports im Nationalsozialismus, in: SportZeiten, 12. Jhg., Nr. 1/2012, S. 7-37.
- Fahnenbruck, Nele Maya: „... reite für Deutschland“. Pferdesport und Politik im Nationalsozialismus, Hamburg 2013.
- Falter, Jürgen: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2020.
- Münkel, Daniela: Bäuerliche Interessen versus NS-Ideologie. Das Reichserbhofgesetz in der Praxis, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 44 (1996), Heft 4, S. 549-580.
- Rademacher, Michael: Die Kreisleiter der NSDAP im Gau Weser-Ems, Marburg 2005.
- Stelljes, Wolfgang: Wardenburg. Ein Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde im Oldenburger Land, Oldenburg 1995.

Georg Droste

Georg-Droste-Strasse

Georg Droste war ein Bremer Heimatdichter, der in niederdeutscher Sprache schrieb. Er wurde am 13. Dezember 1866 in Bremen geboren und starb dort am 17. August 1935.¹

Nach dem Besuch der Volksschule fing er als Laufbursche bei einem Buchhändler an und konnte dann eine Lehre in einer Wollfirma aufnehmen.² Im Jahr 1886 erblindete er, arbeitete als Straßenhändler und erlernte schließlich in Hannover den Beruf des Korbmachers.

Sein erstes Buch („Achtern Diek“) brachte er 1908 heraus. In den Jahren 1913 bis 1916 veröffentlichte er die Trilogie „Ottjen Alldag“.

Die Stadt Bremen ehrte ihn 1917 mit einem Ehrensold. Seit Ende des Ersten Weltkrieges war Droste in der Lage, als freiberuflicher Schriftsteller zu leben.

Über eine politische Betätigung ist nichts bekannt, auffällig ist allerdings, dass bei der Urnenbeisetzung in einem vom bremischen Senat bereitgestellten Ehrengrab, die fotografisch dokumentiert ist, Hakenkreuzfahnen zu sehen sind, bei denen es sich um eine Fahnenabordnung der Deutschen Arbeitsfront handelte.³ Die bremischen Schulen wurden durch den zuständigen Senator angewiesen, durch Feierlichkeiten den verstorbenen Dichter zu ehren.⁴

Literatur

- Dehning, Gustav, Droste, Georg, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 4, Berlin 1959, S. 129.
- Dehning, Gustav, Droste, Georg Ludwig, in: Bremische Biographie 1912-1962, Bremen 1969, S. 120-122.

¹ Die nicht mit gesonderten Fußnoten versehenen Angaben stammen aus der u.g. Literatur.

² Jeversches Wochenblatt v. 20. Aug. 1935.

³ Staatsarchiv Bremen, 10.B FN 9, 445; Jeversches Wochenblatt v. 23. Sept. 1935.

⁴ Jeversches Wochenblatt v. 22. Aug. u. 3. Sept. 1935

Heinrich Eichler

Eichlerweg (Benennung 1933)

Johann Heinrich Eichler, 29. September 1876 - 30. Juni 1932

Beruf: Hauptkassenrendant, Ministerial-Oberinspektor

Biografische Skizze

* 29. September 1876	
1900-1917	Hauptkassen-Expedient
1917-1919	Zahlmeister
1920-1923	Kassenobersekretär
1902-1912	Vorsitzender des Bürgerfelder Turnerbundes
bis 1918	Mitglied des Vorstands des Naturheilvereins Oldenburg
1922-1923	Kassenführer des Wasserstraßenamtes Oldenburg
1923	Kassenführer der Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse Oldenburg
1924- um 1928	Kassenrendant
Nov. 1924	Eichler kandidiert bei den Oldenburger Stadtratswahlen für die Nationalsozialistische Freiheitspartei.
Dez. 1924	Eichler kandidiert bei der Reichstagswahl für die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung.
1925	(Neu-)Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Oldenburg: Eichlers Privatanschrift ist zeitweise Anschrift der Partei.
1927	Eichler kandidiert bei den Oldenburger Stadtratswahlen für die NSDAP.
Um 1928	Hauptkassenrendant
1928	Eichler wird für die NSDAP in den Landtag gewählt.
1930	Wahl in den Oldenburger Stadtrat
1931	Mitglied der Badeanstaltskommission und des Ausschusses für Leibesübungen der Stadt Oldenburg
1931	Eichler wird für die NSDAP erneut in den Landtag gewählt.
1932	Bei den Landtagswahlen 1932 kandidierte Eichler „aus gesundheitlichen Gründen“ nicht mehr.
... 30. Juni 1932	

Heinrich Eichler wurde am 29. September 1876 in der Gemeinde Berne geboren. Nach dem Besuch der Volksschule war er bei Amtskassen und dem Grundbuchamt sowie der Hauptkassenverwaltung in Oldenburg tätig, von 1900 bis 1917 dort als Hauptkassen-Expedient. Von 1917 bis 1919 wird er als Zahlmeister genannt, dann von 1920 bis 1923 als Kassenobersekretär, ab 1924 bis etwa 1928 als Kassenrendant. Von 1922 bis 1923 war er Kassenführer des Wasserstraßenamtes Oldenburg, 1923 Kassenführer der Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse Oldenburg. Schließlich arbeitete er etwa ab 1928 bis 1932 als Hauptkassenrendant im oldenburgischen Finanzministerium, bei seinem Tod führte er die Amtsbezeichnung „Ministerial-Oberinspektor“.¹

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war Heinrich Eichler an führender Stelle im Stadtoldenburger Vereinswesen tätig. Von 1902 bis 1912 amtierte er als Vorsitzender des Bürgerfelder Turnerbundes,² außerdem war er bis 1918 Mitglied des Vorstands des Naturheilvereins Oldenburg.³

Seit 1923 engagierte Heinrich Eichler sich parteipolitisch in der NSDAP.⁴ Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 kandidierte er auf der Wahlkreisliste Weser-Ems auf Platz 9 für die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung,⁵ den Zusammenschluss der verbotenen Nationalsozialisten und der Deutschvölkischen Freiheitspartei, einer antisemitischen Abspaltung der Deutschnationalen Volkspartei.

Bei den Oldenburger Stadtratswahlen im Jahr 1924 kandidierte Eichler auf der Liste der Nationalsozialistischen Freiheitspartei,⁶ wiederum eine Listenverbindung der verbotenen NSDAP und der bereits erwähnten Deutschvölkischen Freiheitspartei.

Nach der Neugründung der NSDAP-Ortsgruppe Oldenburg im Jahr 1925 galt Eichlers Privatanschrift vorübergehend als Anschrift der Partei. In einer Anzeige hieß es: „Alle Deutschen, die ein soziales, nationales u. völkisches Deutschland im Sinne und unter Führung Adolf Hitlers erstreben, werden aufgefordert, ihre Anschrift an Herrn H. Eichler[,] Oldenburg, Mars-la-Tour-Straße Nr. 16, zu richten [...]“⁷

Bei den Oldenburger Stadtratswahlen am 6. November 1927 wurde Eichler auf der Liste der NSDAP auf Platz 2 aufgestellt.⁸ Nachdem er dort zweimal vergeblich kandidiert hatte, zog er

¹ Oldenburgischer Landtag 1848 – 1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, bearb. v. Albrecht Eckhardt u. Rudolf Wyrsh, hg. v. Albrecht Eckhardt, Oldenburg 2014, S. 197.

² Vereinsgeschichte des Bürgerfelder Turnerbundes von 1892, Oldenburg o.J., S. 8; 100 Jahre Bürgerfelder Turnerbund, Oldenburg o.J., S. 15.

³ Nachrichten für Stadt und Land v. 1. März 1918.

⁴ Nachrichten für Stadt und Land v. 15. Aug. 1933.

⁵ Jeversches Wochenblatt v. 22. Nov. 1924.

⁶ Nachrichten für Stadt und Land v. 12. Nov. 1924.

⁷ Nachrichten für Stadt und Land v. 8. Apr. 1925.

⁸ Nachrichten für Stadt und Land v. 12. Okt. 1927.

bei den Landtagswahlen 1928 für die NSDAP in den Landtag ein.⁹ In den Stadtrat wurde er 1931 gewählt, wo er Mitglied der Badeanstaltskommission und des Ausschusses für Leibesübungen wurde.¹⁰ Bei den Landtagswahlen 1931 konnte er seinen parlamentarischen Erfolg wiederholen.¹¹ Von 1931 bis 1932 übte er das Amt des Landtagspräsidenten aus.¹² Bei den Landtagswahlen 1932 kandidierte Eichler „aus gesundheitlichen Gründen“ nicht mehr.¹³ In seiner Parteiarbeit kehrte er „den unbedingt ergebenen Gefolgsmann Carl Rövers (1889-1942) hervor“.¹⁴ Eichler starb am 30. Juni 1932 in Oldenburg.¹⁵

Heinrich Eichler spielte in der Erinnerungskultur der NSDAP im Land Oldenburg eine nennenswerte Rolle. Der Eichlerweg wurde am 13. Aug. 1933 in der Stadt Oldenburg eingeweiht. Die Einweihung, um den „Namen eines kerndeutschen Mannes“ zu ehren, fand unter Beteiligung der SA statt. Der Ort, der „in Bümmerstede vom Wege nach Sandkrug zur Walderholungsstätte Streek führende Weg“, war gewählt worden, da Eichler sich 1913 für den Bau dieser Einrichtung des Naturheilvereins eingesetzt hatte.¹⁶ Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver betonte, er sei „uns durch seine Tat, seine unverbrüchliche Treue, seinen unerschütterlichen Glauben an Adolf Hitler und sein Werk ein leuchtendes Vorbild“.¹⁷ Eichler habe als „erster und einziger Beamter in Oldenburg“ dem „alten liberalistischen und absterbenden System den Kampf“ angesagt.¹⁸

In Jever wurde 1935 eine Straße nach ihm benannt. Sie wurde bald nach 1945 in Danziger Straße umbenannt.¹⁹ In einer „Heinrich-Eichler-Gedenkfeier“ wurde 1937 eine Gedenktafel am Adolf-Hitler-Haus (Oldenburg, Ratsherr-Schulze-Straße) angebracht. Eichler wurde als erster Schatzmeister des NSDAP-Gaues Weser-Ems geehrt. Er, „so führte Ministerpräsident Joel u.a. aus, sei einer der stillen Arbeiter des Dritten Reiches gewesen, die äußerlich kaum in

⁹ Nachrichten für Stadt und Land vom 21. Mai 1928.

¹⁰ Oldenburgischer Landtag 1848 – 1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, bearb. v. Albrecht Eckhardt u. Rudolf Wyrsh, hg. v. Albrecht Eckhardt, Oldenburg 2014, S. 197.

¹¹ Oldenburgischer Landtag 1848 – 1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, bearb. v. Albrecht Eckhardt u. Rudolf Wyrsh, hg. v. Albrecht Eckhardt, Oldenburg 2014, S. 197.

¹² Oldenburgischer Landtag 1848 – 1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, bearb. v. Albrecht Eckhardt u. Rudolf Wyrsh, hg. v. Albrecht Eckhardt, Oldenburg 2014, S. 197.

¹³ Jeverisches Wochenblatt vom 1. Juni 1932.

¹⁴ Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, hg. v. Hans Friedl u.a., Oldenburg 1992, S. 173.

¹⁵ Oldenburgischer Landtag 1848 – 1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, bearb. v. Albrecht Eckhardt u. Rudolf Wyrsh, hg. v. Albrecht Eckhardt, Oldenburg 2014, S. 197.

¹⁶ Stadtarchiv Oldenburg, Best. 402 A Nr. 25 Bl. 60 (Stadtmagistrat, Oldenburg an Stadtarchiv, Oldenburg, 19. März 1934). Zur Walderholungsstätte vgl. Wolfgang Martens, Die Gemeinde Hatten. Ein Streifzug durch die Geschichte, Hatten 1998, S. 77. Der Eichlerweg wurde 1936 von der Walderholungsstätte bis nach Sandkrug verlängert (Nachrichten für Stadt und Land vom 13. Dez. 1936).

¹⁷ Nachrichten für Stadt und Land vom 15. Aug. 1933.

¹⁸ Oldenburgische Staatszeitung vom 14. Aug. 1933.

¹⁹ Jeverisches Wochenblatt vom 28. Dez. 1954.

Erscheinung traten. Dabei sei seine Tätigkeit nicht weniger wichtig gewesen als die der braunen Soldaten Adolf Hitlers“.²⁰

Archive

Stadtarchiv Oldenburg

Best. 402 A Nr. 25 Bl. 60

Literatur

- Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, hg. v. Hans Friedl u.a., Oldenburg 1992.
- Martens Wolfgang: Die Gemeinde Hatten. Ein Streifzug durch die Geschichte, Hatten 1998.
- Oldenburgischer Landtag 1848 – 1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, bearb. v. Albrecht Eckhardt u. Rudolf Wyrch, hg. v. Albrecht Eckhardt, Oldenburg 2014.
- Vereinsgeschichte des Bürgerfelder Turnerbundes von 1892, Oldenburg o.J.
- 100 Jahre Bürgerfelder Turnerbund, Oldenburg o.J.

²⁰ Nachrichten für Stadt und Land vom 1. Juli 1936.

Hans Fangmann

Hans-Fangmann-Strasse, (zuvor Am Esch, Benennung: 1975)

Johannes Heinrich Fangmann, 28. August 1902 - 6. Januar 1972

Biografische Skizze

* 28. August 1902	
1909-1917	Volksschule Wardenburg
1917-1924	Studium am Evangelischen Lehrerseminar Oldenburg
1924-1927	Lehrer an unterschiedlichen Volksschulen in Edeweicht, Brettorf und Osterscheps
1925	Verbeamtung als Volksschullehrer
1925	Dreimonatige Grundausbildung in der Reichswehr bei den Goslaer Jägern
1927-1929	Ausbildung zum Gewerbelehrer & Lehre zum Maler bei Malermeister Habben
1929-1933	Studium am Berufspädagogischen Institut Köln
1933-1938	Gewerbelehrer an unterschiedlichen Berufsschulen in Wardenburg, Hatten, Großenkneten und Wildeshausen
ab 1939	Fachlehrer an der Kreisberufsschule Torgau & Lehrtätigkeit an den Keramischen Werken von Villeroy & Boch in Torgau
1939	Eintritt in die NSDAP
1940	Hochzeit mit Erna Diederike Hegeler
1944	Geburt des Sohnes Heinrich Fangmann
1944-1945	Einsatz im Volkssturm in Torgau
1946	Rückkehr nach Wardenburg
1946-1955	Lehrer an der Volksschule Wardenburg
1956-1959	Gewerbelehrer an der Kreisberufsschule Wildeshausen
1959	Herzinfarkt und Gehirnembolie
1961	Pensionierung
... 6. Januar 1972	

Zeit des Nationalsozialismus

Die Aktenlage zu Hans Fangmann ist insgesamt recht dünn. Über die zwei im Niedersächsischen Landesarchiv Oldenburg überlieferten Akten hinaus konnten keine weiteren Quellen in anderen Archiven gefunden werden.¹ Karl Veit Riedel erwähnt in seinem 1980 veröffentlichten Ausstellungskatalog einen „Rechenschaftsbericht“², den Fangmann im Jahr 1945 oder 1946 in erster Linie für seinen Sohn geschrieben habe.³ Dieser Bericht wäre, um Hans Fangmanns Leben in den Jahren von 1933 bis 1945 besser nachzeichnen zu können, von größtem Interesse gewesen. Der Bericht ist aber weder in der Familie Fangmann noch im Nachlass von Karl Veit Riedel aufzufinden.⁴ Im Familienbesitz überliefert ist hingegen das Tagebuch von Hans Fangmann.⁵ Dieses bricht jedoch mit dem Jahr 1935 ab. Nur für das Jahr 1965 sind danach noch einige Einträge bekannt. Für den Beginn der 1930er Jahre konnten dem Tagebuch, das zumeist private und nur sehr wenige politische Informationen enthält, aber wichtige Hinweise entnommen werden.

Ab 1929 studierte Hans Fangmann am Berufspädagogischen Institut Köln, um als Gewerbelehrer tätig sein zu können. In seinem Tagebuch hält er am 22. Juli 1932 fest: „Heute bei Dannemann wegen Berufsschule.“⁶ Diedrich Dannemann war zu diesem Zeitpunkt Gemeindevorsteher in Wardenburg und Landtagsabgeordneter für die DNVP. Er sollte, dies lässt der Eintrag vermuten, sich für eine Anstellung von Hans Fangmann einsetzen. Ob Hans Fangmann seinen Posten Diedrich Dannemann zu verdanken hat, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Sicher ist aber, dass er ab dem 1. Oktober 1932 als „Wandergewerbelehrer“ an unterschiedlichen Schulen im Umkreis von Wardenburg tätig war und ab dem Januar 1934 bis zum Oktober 1935 die

¹ Möglich wären noch Aktenbestände in Torgau gewesen, da Hans Fangmann von 1939 bis 1946 hier lebte. Nach Auskunft von Isabel Peuker sind aber im Stadtarchiv Torgau außer dem Eheeintrag keine Akten über Hans Fangmann überliefert. Schriftliche Auskunft von Isabel Peuker (Stadtarchivarin Torgau) vom 2. November 2022.

² Riedel, Karl Veit: Hans Fangmann. Bilder aus Wardenburg, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Rathaus der Gemeinde Wardenburg vom 26. April bis zum 7. Mai 1980, Wardenburg 1980, S. 2. Das Manuskript für den Katalog, Zeitungsberichte zur Ausstellung und der gedruckte Katalog sind im Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Oldenburg in der Akte Dep 113 Kunst Akz. 272 Nr. 1616 zu finden.

³ Zu Beginn des Winterhalbjahres 1932/1933 wird Hans Fangmann durch den Rat der Gemeinde Wardenburg zum Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule in Wardenburg gewählt. Nicht ganz ein Jahr später wird im Protokoll des Gemeinderates festgehalten, dass die Kündigung des „Gewerbeoberlehrers Fangmann“ rückgängig gemacht wurde. In den Akten findet sich kein Hinweis auf den vorherigen Kündigungsgrund. Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wardenburg am 27. September 1932; Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Wardenburg am 30. Juni 1933.

⁴ Auskunft von Heiner Fangmann per Mail vom 20. Oktober 2022. Karl Veit Riedel war ab 1968 als Oberkustos am Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte angestellt. Die von ihm überlieferten Akten im Landesmuseum sind ans Niedersächsische Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, abgegeben worden.

⁵ Heiner Fangmann hat für die vorliegende Arbeit Scans von einzelnen Tagebuchseiten seines Vaters zur Verfügung gestellt. Stephen Kerce hat Transkripte von den Stellen angefertigt. Heiner Fangmann und Stephen Kerce haben gemeinsam die Homepage www.hans-fangmann.org/vita.php erstellt.

⁶ Tagebucheintrag vom 22. Juli 1932. Einen weiteren Besuch bei „Dannemann“ hält er am 7. August 1932 fest.

Berufsschule Huntlosen leitete.⁷ Im September 1933 trat Hans Fangmann der Massenorganisation NS.-Lehrerbund bei, der er bis zu ihrer Auflösung 1945 angehörte.⁸ Dem Beitritt waren, wie sich seinem Tagebuch entnehmen lässt, Überlegungen vorangegangen, ob er diesen Schritt machen sollte. Am 10. April 1933 hielt er fest: *„Landes-Lehrerverein. Soll ich dem nat. soz. Lehrerbund beitreten? Man ist zu lau. Hätte schon früher Stellung nehmen sollen gegen die „Taten“ des L.L.V. Damals als sie die Autoritätspersonen aus der Schulaufsicht hinwegfegen half und erleichtert in der neugewonnenen Freiheit aufatmete. Das ist typisch gewesen für den Zug der Zeit. So haben es alle gemacht nur Furcht und Zittern vor übergeordneten Autoritäten ist verschwunden. Damit ist der berüchtigte Liberalismus auch in der Denkweise der Lehrer eingezogen. Das er falsch war, hat sich erwiesen. Jetzt sind Männer, die danach den Thron bestiegen haben hinweg gefegt (Stukenberg-Schlüter) und neue Männer sind aufgerückt.“*⁹ Mit dem L.L.V. ist der Oldenburger Landeslehrerverein (OLLV) gemeint, der sich offiziell als parteipolitisch neutral verstand, öffentlich aber häufig den liberalen Parteien zugeordnet wurde.¹⁰ Nach dem Sieg der NSDAP bei den Stadtratswahlen in Oldenburg am 9. November 1930 und verstärkt nach den gewonnenen Landtagswahlen am 29. Mai 1932 versuchten nationalsozialistisch eingestellte Lehrkräfte ihren Einfluss zu vergrößern und vor allem Kollegen und Kolleginnen zum Übertritt zum Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) zu bewegen. Im Herbst 1932 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem neu ernannten Minister für Kirchen und Schulen Heinz Spangemacher (NSDAP) und dem OLLV. In dem Streit ging es unter anderem darum, dass Spangemacher suggeriert hatte, die einzig offizielle Vertretung der Lehrerschaft sei der NSLB. Spangemacher konnte sich durchsetzen und den OLLV entmachten. Zeitgleich entließ er im September 1932 die Schulräte Stukenberg und Schlüter, die Hans Fangmann im Tagebuch erwähnt. Vor allem die Absetzung des früheren Landtagsabgeordneten Stukenberg (Deutsche Demokratische Partei) löste Proteste aus. Der Tagebucheintrag von Hans Fangmann lässt sich nur noch in Teilen aufklären. Unklar bleibt beispielsweise, welche „Taten“ des OLLV gemeint sind. Offensichtlich ist aber, dass er die Absetzung von Stukenberg und Schlüter begrüßte und dem „Liberalismus“ ablehnend gegenüberstand.

⁷ „Zusammenstellung der für die Feststellung meines Besoldungsdienstalters zu berücksichtigenden Zeiten“, Aufzeichnungen befinden sich im Besitz von Heiner Fangmann.

⁸ Selbstauskunft von Hans Fangmann im Fragebogen der Military Government of Germany vom 3. April 1947, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22816.

⁹ Tagebucheintrag vom 10. April 1933.

¹⁰ Günther-Arndt, Hilke: Volksschullehrer und Nationalsozialismus. Oldenburgischer Landeslehrerverein und Nationalsozialistischer Lehrerbund in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise 1930-1933, Oldenburg 1983, S. 16, 36.

Den größten Zuwachs an Mitgliedern konnte der NSLB zwischen April und September 1933 verzeichnen.¹¹ Bis Juni 1933 erfolgte der Eintritt häufig parallel mit dem Eintritt in die NSDAP, weil bis zu diesem Zeitpunkt die Parteimitgliedschaft die Voraussetzung für einen Beitritt zum NSLB war.¹² Auch Hans Fangmann hält am 28. Mai 1933 in seinem Tagebuch fest: „Heute Sonntag! Morgens Wehrsport, vormittags bei Kretzer! Anmeldung zur N.S.D.A.P.“¹³ Mit „Kretzer“ war Gustav Kretzer (NSDAP) gemeint, der seit dem 30. Juni 1933 das Amt des Gemeindevorstehers in Wardenburg inne hatte.¹⁴ Zwei Tage zuvor hatte das Ministerium für Kirchen und Schulen in Oldenburg verlauten lassen: „Es ist der Wunsch des Staatsministeriums, daß die Lehrer nunmehr nicht nur in den NS Lehrerbund, sondern auch in die NSDAP eintreten.“¹⁵ Ob Hans Fangmann die Verlautbarung kannte und ob es zu seiner „Anmeldung“ einen Zusammenhang gab, lässt sich heute nicht mehr sagen. Mitglied der NSDAP wurde Hans Fangmann aber erst am 1. Oktober 1939.¹⁶ Ab dem 1. Mai 1933 galt eine Mitgliedersperre, Anträge zur Aufnahme wurden nicht mehr angenommen. Nach der Machtübernahme am 30. Mai 1933 und den letzten Wahlen am 5. März 1933 sah sich die Partei einer Flut von Mitgliederanträgen gegenüber, die sie kaum noch bewältigen konnte, weshalb sie Neuaufnahmen stoppte.¹⁷

Dass Hans Fangmann dem Nationalsozialismus grundsätzlich offen gegenüberstand, zeigt auch seine Beteiligung an der SA. Am 26. Juni 1933 vermerkt Hans Fangmann dazu erstmals in seinem Tagebuch „Leite etwa 4 Wochen S.A.“¹⁸ Über seine Beweggründe zum Eintritt in die SA schreibt er nichts und hat darüber auch später nicht gesprochen.¹⁹ Auf seiner Karteikarte des NSLB ist vermerkt, dass Hans Fangmann am 28. Mai 1933 der SA beitrug und den Rang eines Scharführers einnahm.²⁰ Eine Schar war die unterste Einheit innerhalb der SA.

Bis zum 5. Oktober 1934 schreibt Fangmann in unregelmäßigen Abständen kurze weitere Einträge über seine Tätigkeit bei der SA.²¹ Er berichtet u. a. von Schulungen, „Besprechung wegen

¹¹ Im April 1933 wurde der OLLV gleichgeschaltet und die Mitglieder in den NSLB überführt.

¹² Günther-Arndt, Hilke: Volksschullehrer und Nationalsozialismus. Oldenburgischer Landeslehrerverein und Nationalsozialistischer Lehrerbund in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise 1930-1933, Oldenburg 1983, S. 41.

¹³ Tagebucheintrag vom 28. Mai 1933.

¹⁴ Stelljes, Wolfgang: Wardenburg. Eine Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde im Oldenburger Land, Oldenburg 1995, S. 286.

¹⁵ Zitiert nach: Günther-Arndt, Hilke: Volksschullehrer und Nationalsozialismus. Oldenburgischer Landeslehrerverein und Nationalsozialistischer Lehrerbund in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise 1930-1933, Oldenburg 1983, S. 77.

¹⁶ NSDAP-Mitgliederkartei, Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/8330490.

¹⁷ Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP, Frankfurt am Main 2020, S. 75.

¹⁸ Tagebucheintrag vom 26. Juni 1933.

¹⁹ Gespräch mit Heiner Fangmann vom 17. Oktober 2022.

²⁰ Karteikarte NSLB Johannes Fangmann, Bundesarchiv Berlin.

²¹ Tagebucheinträge vom 26. Juni 1933, 20. August 1933, 1. September 1933, 16. September 1933, November 1933 (keine Tagesangabe), 3. Dezember 1933, 5. Januar 1934, 21. Januar 1934, Februar 1934 (keine Tagesangabe), 16. März 1934, 3. Juni 1934, 30. Juni 1934, 5. Oktober 1935.

Kultur-Winterarbeit in der S.A.“²² oder einem Appell. Am 20. August 1933 hält er fest: „*Großflugtag in Oldenburg. Ganzen Tag S.A. Dienst. Morgens Einweihung des Fliegerdenkmals. Mittags Bohnensuppe aus der Feldküche. Nachmittag Aufstieg des Montgolfier Heißluftballon.*“²³ An diesem Tag wurde im heutigen kleinen Bürgerbusch in Oldenburg ein Obelisk eingeweiht, der an die Opfer der Explosion eines Luftschiffes in Ahlhorn erinnern sollte. Die Einweihung fand öffentlichkeitswirksam an dem Tag statt, an dem auch der Oldenburger Flughafen eröffnet wurde. Die Tageszeitung *Nachrichten für Stadt und Land* berichtete von der Propagandaveranstaltung und hielt auch die Rolle der SA fest: „*Die Zufahrtsstraßen tragen reichen Flaggeschmuck, Schwarz-Weiß-Rot und die Hakenkreuzflagge in bunter Folge. Von 10 Uhr an ändert sich das Bild im Bürgerbusch von Minute zu Minute. Die Gau-SA-Kapelle unter Entelmanns Leitung rückt mit klingendem Spiel an. Dann folgen die Ordnungspolizei, die SA, SS, der Stahlhelm, der Kyffhäuserbund, die Baltikumskämpfer, der Verein ehem. Luftschifferabteilung, Fliegerstaffeln des DLV Oldenburg [...].*“²⁴

Nach dem Röhm-Putsch im Sommer 1934 nahm die Bedeutung der SA schlagartig ab. Hans Fangmann äußert sich im Oktober 1934 das letzte Mal zur SA. Dem Tagebuch lässt sich kaum entnehmen, wie er die politischen Ereignisse beurteilte. Am 9. Oktober 1934 hält er beispielsweise fest, dass er wegen einer Kieferoperation eine Woche ins Evangelische Krankenhaus musste. Auf seiner Literaturliste für diese Zeit steht an erster Stelle „Mythus d. 20. J.“²⁵ Gemeint ist damit das antisemitische Werk „Mythus des 20. Jahrhunderts“ des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg. Ein Urteil über das Werk hält Fangmann jedoch nicht fest.

Ab dem Herbst 1935 musste Hans Fangmann aufgrund einer Krankheit für mehrere Jahre im Schuldienst pausieren.²⁶ Erst 1939 scheint es ihm wieder so gut gegangen zu sein, dass er erneut eine Stelle in der Schule suchte. Die lange Krankheit verhinderte, dass er im beginnenden Krieg zum Einsatz kam.

Im August 1939 trat Hans Fangmann der NSDAP bei. Seit dem April 1937 waren Aufnahmen in die NSDAP wieder möglich.²⁷ Im Entnazifizierungsverfahren gab er an, diesen Schritt gegangen zu sein, um nach langer Krankheit seine Chancen auf eine Wiedereinstellung in den

²² Tagebucheintrag vom 16. September 1933.

²³ Tagebucheintrag vom 20. August 1933.

²⁴ *Nachrichten für Stadt und Land* vom 21. August 1933.

²⁵ Tagebucheintrag vom 9. Oktober 1934.

²⁶ Jürgen Derschewsky schreibt in einem Artikel in der NWZ, dass Hans Fangmann 1938 an Tuberkulose erkrankt sei. Derschewsky, Jürgen: Ein Meister des Landschaftsaquarells, in: NWZ vom 19. August 2006. Fangmann war aber ziemlich sicher schon seit 1922 an Tuberkulose erkrankt. Dies geht aus der „Amtsärztliche Untersuchung für den Lehrerbrief“ vom 3. Oktober 1939 hervor. Das Schreiben befindet sich im Besitz von Heiner Fangmann.

²⁷ Auf der NSDAP-Mitgliederkarteikarte zu Hans Fangmann sind zwei Aufnahmedaten vermerkt: 1. Mai 1937 und 1. Oktober 1939. Das erste Datum resultiert vermutlich noch aus dem Beitrittsantrag des Jahres 1933. Bundesarchiv Berlin, R 9361-VIII Kartei/8750734.

Schuldienst zu verbessern.²⁸ Der Zusammenhang lässt sich heute weder wider- noch belegen. Gesichert ist jedoch, dass er ab 1939 eine Stelle als Gewerbelehrer in Torgau antrat und zusätzlich noch die Schüler der Keramischen Werke von Villeroy & Boch in Torgau unterrichtete.²⁹ Über seine Torgauer Zeit lassen sich aufgrund der nicht mehr vorhandenen Quellen nur wenige Angaben machen. Karl Veit Riedel gibt in seinem Ausstellungskatalog aus dem Jahr 1980 zu Hans Fangmann an, dass dieser 1945 im Volkssturm zur Begleitung von Flüchtlingstransporten eingesetzt gewesen sei.³⁰ Im Januar 1946 kehrte Hans Fangmann mit seiner Ehefrau Erna Fangmann, geb. Hegeler, die er 1940 geheiratet hatte, und seinem Sohn Heiner, der 1944 geboren wurde, nach Wardenburg zurück.

Im Herbst 1946 musste sich Hans Fangmann vor dem Entnazifizierungsausschuss in Oldenburg erklären. Er gab an, dem NS-Lehrerbund ab dem September 1933 und der NSDAP ab dem August 1939 angehört zu haben. Er habe in beiden Organisationen weder Amt noch Rang bekleidet.³¹ Seinen ersten Antrag auf Mitgliedschaft aus dem Jahr 1933 sowie seine Mitgliedschaft in der SA erwähnt Hans Fangmann nicht. Dem Entnazifizierungs-Ausschuss lag eine Bestätigung der Berufsschule Torgau vor, dass Hans Fangmann hier Ende 1945 seinen Dienst hätte fortsetzen können, was der Ausschuss als „proof“ wertete, dass Fangmann „cannot have been an active Nazi“.³² Die Behörden in der sowjetischen Zone galten als besonders konsequent bei der Verfolgung früherer Nationalsozialisten. Am 10. Juli 1947 wurde Fangmann in die Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft. Seine Vermögen oder seine Konten wurden nicht konfisziert. Zwei Jahre später wurde Hans Fangmann von der Kategorie IV in die Kategorie V (Entlasteter) verschoben.³³

²⁸ Erklärung des Land Denazification Panel vom 28. Februar 1947; Selbstauskunft von Hans Fangmann im Fragebogen der Military Government of Germany vom 3. April 1947, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22816.

²⁹ Selbstauskunft von Hans Fangmann im Fragebogen der Military Government of Germany vom 3. April 1947, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22816.

³⁰ Riedel, Karl Veit: Hans Fangmann. Bilder aus Wardenburg, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Rathaus der Gemeinde Wardenburg vom 26. April bis zum 7. Mai 1980, Wardenburg 1980, S. 2.

³¹ Schreiben Hans Fangmanns an den Minister der Kirchen und Schulen in Oldenburg vom 4. Oktober 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22816.

³² Bescheinigung der Kreisberufsschule Torgau vom 25. Mai 1946; Erklärung des Land Denazification Panel vom 28. Februar 1947, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 22816.

³³ Schreiben des Entnazifizierungs-Hauptausschusses vom 24. Februar 1949, Rep 980 Best. 351 Nr. 22816. Zum Entnazifizierungsverfahren allgemein siehe: Reichert, Olaf: „Wir müssten doch in die Zukunft sehen...“ Die Entnazifizierung in der Stadt Oldenburg unter britischer Besatzungshoheit 1945-1947, Oldenburg 1998.

Archive

Niedersächsisches Landesarchiv Standort Oldenburg

Rep 980 Best. 351 Nr. 22816

Dep 113 Kunst Akz. 272 Nr. 1616

Bundesarchiv Berlin

R 9361-IX Kartei/8330490

R 9361-VIII Kartei/8750734

Karteikarte NSLB, Fangmann, Johannes

Stadtarchiv Torgau

Eheeintrag 113/1940 Hans Fangmann

Literatur

- Derschewsky, Jürgen: Ein Meister des Landschaftsaquarells, in: NWZ vom 19. August 2006.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP, Frankfurt am Main 2020.
- Günther-Arndt, Hilke: Volksschullehrer und Nationalsozialismus. Oldenburgischer Landeslehrerverein und Nationalsozialistischer Lehrerbund in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise 1930-1933, Oldenburg 1983.
- Reichert, Olaf: „Wir müssten doch in die Zukunft sehen...“ Die Entnazifizierung in der Stadt Oldenburg unter britischer Besatzungshoheit 1945-1947, Oldenburg 1998.
- Riedel, Karl Veit: Hans Fangmann. Bilder aus Wardenburg, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Rathaus der Gemeinde Wardenburg vom 26. April bis zum 7. Mai 1980, Wardenburg 1980.
- Stelljes, Wolfgang: Wardenburg. Eine Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde im Oldenburger Land, Oldenburg 1995.

Homepage zu Hans Fangmann

<http://www.hans-fangmann.org/vita.php>

Rudolf Harbig

Rudolf-Harbig-Strasse

Rudolf Wilhelm Harbig, Leichtathlet

* 8. November 1913	
1932-1935	Reichswehr
1936	Deutscher Meister über 400 m
1936	Bronzemedaille bei den Olympischen Spielen mit der 4x400-Meter-Staffel
1937	Eintritt in die NSDAP
1938	Europameister über 800 m und mit der 4x400-Meter-Staffel
1939	vier Weltrekorde
1939-1944	Wehrmacht
1941	Weltrekord über 1000 m
... 5. März 1944	Gefallen an der Ostfront als Oberfeldwebel der Fallschirmjäger

Harbig war bereits als Schüler sportlich in einem Verein aktiv.¹ Nach dem Volksschulbesuch erlernte er den Beruf des Stellmachers. 1932 verpflichtete er sich bei der Reichswehr. Bei einem „Tag des unbekanntenen Sportmanns“ wurde er von dem Leichtathletik-Trainer Woldemar Gerschler als möglicher Kandidat für die Olympia-Mannschaft entdeckt. Gerschler entwickelte in diesem Zusammenhang eine neuartige Übungsmethode: das Intervalltraining. 1935 schied Harbig auf eigenen Wunsch aus dem Militärdienst aus. Im Jahr 1936 wurde er Deutscher Meister über 400 m und gewann bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin die Bronzemedaille mit der 4x400-Meter-Staffel.

Bei den Leichtathletik-Europameisterschaften in Paris im September 1938 setzte er seine Erfolgsserie fort. Kurz vor Kriegsbeginn 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Er wurde während des Krieges mehrfach verwundet und mit dem Deutschen Kreuz in Gold ausgezeichnet.²

Rudolf Harbig fiel am 5. März 1944 an der Ostfront.

¹ Die nicht mit gesonderten Fußnoten versehenen Angaben stammen aus der u.g. Literatur. Sie wurden angesichts der uneinheitlichen und teilweise nicht abgesicherten Quellenlage auf ihre Plausibilität hin überprüft.

² Horst Scheibert, Die Träger des Deutschen Kreuzes in Gold (Kriegsmarine, Luftwaffe, Waffen-SS) und des Deutschen Kreuzes in Silber (Heer, Kriegsmarine, Luftwaffe, Waffen-SS), Bd. 1, Friedberg 1984, S. 198.

Harbig war seit 1937 NSDAP-Mitglied.³ Von ihm stammt eine Dankesbekundung an Adolf Hitler nach der Annexion Österreichs. In der nationalsozialistischen Sportpropaganda wurde der populäre Rudolf Harbig mehrfach, insbesondere während des Krieges, eingesetzt. In sportgeschichtlich orientierten Veröffentlichungen gibt es zu diesem Problemkreis unterschiedliche und widersprüchliche Angaben, dazu gehören auch Vermutungen über den Einsatz von Dopingmitteln, für den aber bislang kein überzeugender Quellennachweis gefunden wurde.

In der DDR ging man in den 1950er Jahren – auf der Grundlage von Informationen von Bekannten Harbigs – über Jahre hinweg davon aus, dass er vor 1933 in einem Arbeitersportverein tätig und kein Mitglied der NSDAP gewesen sei. Beide Behauptungen lassen sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Eine Betätigung „im antifaschistischen Sinne“ wurde ihm damals allerdings auch nicht attestiert: „Er war ein typisches Beispiel des deutschen Untertanengeistes, der alles mitgemacht hat.“⁴

Quellen

Bundesarchiv Berlin

DR 5/2365

R 9361-IX Kartei/13520769

Literatur

- Eggers, Erik, Mythos in Ost und West: Der „Jahrhundertläufer“ Rudolf Harbig, in: Diethelm Blecking / Lorenz Pfeiffer (Hg.), Sportler im „Jahrhundert der Lager“. Profiteure, Widerständler und Opfer, Göttingen 2012, S. 97-103.
- Harbig; Gerda, Unvergessener Rudolf Harbig. Ein Lebensbild des Weltrekordläufers, Berlin (DDR) 1955.
- Popplow, Ulrich, Rudolf Harbig – vom unbekanntem Sportsmann zum Weltrekordläufer, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports. Jg. 2, 1988, 3, S. 8-30.
- Scheibert, Horst, Die Träger des Deutschen Kreuzes in Gold (Kriegsmarine, Luftwaffe, Waffen-SS) und des Deutschen Kreuzes in Silber (Heer, Kriegsmarine, Luftwaffe, Waffen-SS), Bd. 1, Friedberg 1984.

³ Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/13520769.

⁴ Bundesarchiv Berlin, DR 5/2365 (Landessportausschuß Sachsen an den Deutschen Sportausschuß, 2. Aug. 1951).

Friedrich Koopmann

Friedrich-Koopmann-Strasse

Für Friedrich Diedrich Martin Koopmann sind weder eine Mitgliedschaft in der NSDAP noch eine politische Betätigung nachweisbar. Friedrich Koopmann wurde erst 1945 zum Militär eingezogen. Ob es sich um die Wehrmacht oder den Volkssturm handelte, geht aus den spärlichen Angaben in der Literatur nicht hervor.¹

¹ Zum Hof Koopmann vgl. Hundsmühlen 1310-2010, hg. v. Ortsverein Hundsmühlen, Oldenburg 2010, S. 56-58; Angaben zu Friedrich Koopmanns Militärdienst dort S. 58.

Friedrich Lübbers

Friedrich-Lübbers-Strasse

Friedrich Lübbers wurde am 3. Oktober 1911 in Hundsmühlen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule lernte er Schlosser. Danach war er von 1931 bis 1932 arbeitslos und verrichtete 1932 Notstandsarbeiten in Wardenburg. Von 1932 bis 1933 gehörte er dem Freiwilligen Arbeitsdienst an. Seit 1933 arbeitete er wieder als Schlosser, 1942 machte er die Meisterprüfung. Von 1944 bis 1945 war er Angehöriger der Landwacht, einer Hilfspolizei, die seit 1942 existierte. 1945 geriet er als Angehöriger des Volkssturms in Kriegsgefangenschaft, danach arbeitete er erneut als Schlosser.

Lübbers gab im Entnazifizierungsverfahren an, er sei 1935 in die NSDAP eingetreten.¹ Allerdings weist die NSDAP-Mitgliedskarte das Beitrittsdatum 1. Mai 1933 auf. Die Differenzen lassen sich nicht mehr aufklären, zumal das Eintrittsjahr 1935 Fragen aufwirft, da von 1933 bis 1937 eine – allerdings durchlässige – Aufnahmesperre bestand. Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass die Mitgliedskarte erst im März 1935 erstellt wurde.²

Er war ebenfalls seit 1935 Mitglied der Deutschen Arbeitsfront und gehörte ab 1937 der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt an. Der Entnazifizierungsausschuss fasste seine Beurteilung folgendermaßen zusammen: „has not been prominent in political regard.“ / „nichts Nachteiliges über ihn bekannt geworden“.³

Die Straße wurde sowohl nach dem oben beschriebenen Friedrich August Lübbers benannt als auch nach seinem gleichnamigen Vater Friedrich August Lübbers (22. September 1882-7. November 1949). Zu dem älteren Friedrich August Lübbers ließen sich keine Archivalien oder sonstige Informationen finden.

¹ Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980, Best. 351 Nr. 20210.

² Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/26610495.

³ Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980, Best. 351 Nr. 20210.

Georg Lammers

Georg-Lammers-Straße

Heinrich Georg Lammers, 14. April 1905 - 17. März 1987

Biografische Skizze

* 14. April 1905	
1911-1919	Volksschule Burhave
1919-1922	Lehre beim Gemeindeamt Burhave
1920	Sieg im Dreikampf beim Bundesturnfest in Stollhamm
1922-1924	Verwaltungstätigkeiten in unterschiedlichen Betrieben
1924-1926	Polizeianwärter
1926-1934	Sportlehrer und Polizeibeamter im Außendienst in Oldenburg
1928	Silbermedaille im 100m-Lauf bei den Olympischen Spielen in Amsterdam
1931	Hochzeit mit Senta Lammers, geb. Eiben
1932	Aufgrund von Rivalitäten zwischen unterschiedlichen Sportverbänden wird Lammers trotz Bestzeiten nicht für die Olympischen Spiele in Los Angeles nominiert
1934	Tod der Ehefrau Senta Lammers
1934	Auflösung der Ordnungspolizei in Oldenburg und Versetzung nach Berlin
1935-1938	Besuch der Polizei-Beamtenschule in Berlin ¹
1936	Hochzeit mit Gertrud Lammers, geb. Schaup
Okt. 1938-April 1939	Offizierslehrgang an der Polizeischule in Fürstfeldbruck
April 1939	Bestehen der Prüfung zum Offiziersanwärter
1939	Versetzung nach Hamburg
Okt. 1939-April 1941	Einsatz in Polen
April 1941-Okt. 1942	Sportlehrer an der Polizeischule Berlin-Spandau
April 1942	Beförderung zum Hauptmann
Nov. 1942-Okt. 1943	Einsatz in Russland

¹ Landesarchiv Oldenburg, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264. Vermutlich handelt es sich hierbei um die Polizei-Offiziers-Schule in Berlin-Köpenick, in der in der Zeit des Nationalsozialismus die Ausbildung und der Unterricht für die Ordnungspolizei stattfand.

Dez. 1942	Verleihung des Eisernen Kreuzes II. Klasse
Sep. 1943	Verleihung des Eisernen Kreuzes I. Klasse
Nov. 1943-Jan. 1944	Lazarettaufenthalt
Vermutlich ab Frühjahr 1944	Abschnittskommandeur in den Bezirken Berlin-Steglitz und Schöneberg, danach Sachbearbeiter im Innenministerium
Mai 1945-Juli 1945	Leitung der Wachmannschaft im Kriegsgefangenenlazarett in Fürstenfeldbruck
Juli 1945	Rückkehr nach Burhave
Sept. 1945	Gesuch um Wiederaufnahme in den Polizeidienst
Dez. 1945	Wiederaufnahme als Polizei-Inspektor in Wilhelmshaven
Juni 1945	Geburt der Tochter Senta
1947-1952	Inspektor bei der Schutzpolizei Oldenburg
1949	Beförderung zum Oberinspektor
1952-1954	Wechsel als Hauptkommissar nach Hildesheim
1954-1965	Leiter des Polizeiabschnitts Landkreis Osterode
1965	Wahl in den Stadtrat von Osterode für die FDP
... 17. März 1972	

Zeit des Nationalsozialismus

NSDAP-Mitgliedschaft

Georg Lammers trat am 1. Mai 1933 der NSDAP bei (Mitglieds-Nr. 2867470).² Neben seiner Parteimitgliedschaft war er von 1934 bis 1945 Mitglied in den Massenorganisationen *Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV)* und *Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen*. Nach eigenen Angaben im Entnazifizierungsverfahren sei er im Mai 1933 nur der NSDAP beigetreten, da er Angst gehabt habe, sonst aus dem Polizeidienst entlassen zu werden. Er sei vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten häufiger in einer fliegenden Einheit bei Straßenkämpfen eingesetzt worden. Während dieser Kämpfe kam es mit „Mitgliedern der NSDAP“ zu Auseinandersetzungen.³ Nach der Machtübernahme sei er unter Druck gesetzt worden, sich zum Nationalsozialismus zu bekennen und der Partei beizutreten. Überprüfen lassen

² Personenbezogene Unterlagen zu Georg Lammers, Bundesarchiv Berlin R 9361-I/1954.

³ In seiner ins Englische übersetzten Erklärung im Entnazifizierungsverfahren ist von „members of the NSDAP“ die Rede. Hiermit kann eigentlich nur die SA gemeint gewesen sein. Brief Georg Lammers an den Chef of the Police – Land Oldenburg vom 2. Juni 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

sich die Angaben von Georg Lammers heute nicht mehr. Anzumerken ist jedoch, dass es auch im Polizeidienst etliche Personen gab, die nicht Mitglied der NSDAP waren.⁴

Im Entnazifizierungsverfahren gab Georg Lammers an, dass er nur bis Ende 1942 Parteimitglied gewesen sei. Aufgrund von Auseinandersetzungen mit dem Leiter der Ortsgruppe Vineta⁵ habe er die Mitgliedsbeiträge ab dem Ende 1942 nicht mehr bezahlt und sich auch nicht mehr bei seiner Ortsgruppe gemeldet. In einem seiner Personalakte vorangestelltem Formblatt aus dem Jahr 1944 ist seine Mitgliedschaft seit dem 1. Mai 1933 festgehalten, nicht aber ein Austritt.⁶ In der NSDAP-Mitgliedskarte ist ebenfalls kein Austritt verzeichnet.⁷ Insofern war Georg Lammers offiziell bis 1945 Mitglied der NSDAP. Die Angabe, er sei nur bis 1942 Parteimitglied gewesen, geht allein auf seine Selbstaussage zurück. Belege lassen sich dafür nicht finden bzw. die gefundenen Belege widersprechen dieser Aussage.

Einsatz im Polizei-Bataillon 101 und im Polizei-Bataillon 85

Bis 1934 war Georg Lammers als Sportlehrer und Polizeibeamter im Außendienst tätig. Nach der Auflösung der Oldenburger Ordnungspolizei wurde er nach Berlin beordert. Die Anordnung zu seiner Versetzung nach Berlin kam von höchster Stelle. Ministerialdirektor und Leiter der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium Karl Daluge hatte ihn aufgrund seiner sportlichen Leistungen angefordert.⁸ Mit seiner Person sollte eine 4x100m-Polizeistaffel aufgestellt werden. Für die Jahre 1936 bis 1938 liegen aufgrund anstehender Beförderungen und Versetzungen mehrere Beurteilungen von Georg Lammers vor. Diese hoben besonders auf seine sportlichen Leistungen ab. Darüber hinaus wurde sein Pflichtbewusstsein und seine Tüchtigkeit hervorgehoben. Beurteilungen zu seiner politischen Einstellung finden sich nicht.⁹

Von Berlin wurde Georg Lammers nach Hamburg abgeordnet und war seit dem 16. April 1939 bei der dortigen Schutzpolizei angestellt. Seit dem 1. Oktober 1939 gehörte er dem zu großen Teilen aus Hamburger Polizisten gebildeten Polizei-Bataillon 101 an.¹⁰ Das Polizei-Bataillon

⁴ Im Polizei-Bataillon 101, dem Georg Lammers ab 1939 angehörte, waren von den 550 Polizisten 179 Parteimitglieder. Der Anteil der Mitglieder entsprach somit 32,5 Prozent. Vgl. Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, S. 248.

⁵ Bei „Vineta“ handelt es sich um einen Berliner Ortsverein der NSDAP. Es lässt sich nicht mehr nachvollziehen, was genau vorgefallen ist.

⁶ Formblatt zu Georg Lammers, Bundesarchiv Berlin, R 19 ZB 1214.

⁷ NSDAP-Mitgliedskarte, Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/24551320.

⁸ Mit „Sofort!“ überschriebener Vermerk vom 7. November 1934, Bundesarchiv Berlin, VBS 1069 (R 19) ZB 1214.

⁹ Vermerk vom 6. Oktober 1938, Bundesarchiv Berlin, R 9361-II/609515. Der Vermerk enthält auch Beurteilungen aus den Vorjahren.

¹⁰ Zum Polizei-Bataillon 101 bzw. Reserve-Polizei-Bataillon 101 liegen umfangreiche Forschungen vor. Zentral sind die Arbeiten von Christopher R. Browning und Daniel Jonah Goldhagen. Die beiden Autoren haben in den 1990er Jahren eine breite Debatte um die Beteiligung „ganz normaler Männer“ am Mord an den europäischen Juden und Jüdinnen ausgelöst und zahlreiche weitere Forschungen angestoßen. Vgl.: Browning, Christopher R.:

101 wurde bereits kurz nach Kriegsbeginn im Oktober 1939 nach Polen verlegt, um hier versprengte polnische Soldaten, die hinter die Frontlinie geraten waren, gefangen zu nehmen. Darüber hinaus waren einige der eingesetzten Polizisten auch an der Vollstreckung von ersten Standgerichtstodesurteilen beteiligt.¹¹ Der Einsatz dauerte bis zum Ende des Jahres 1939. Georg Lammers gab in der Rückschau an, dass er vom 1. Oktober 1939 bis zum 20. Dezember 1940 bei der „Ausbildung u. Walddurchsuchung“ in Polen eingesetzt gewesen sei.¹² „Walddurchsuchung“ verweist hier auf die Suche nach versprengten oder geflohenen polnischen Soldaten. Das Polizei-Bataillon 101 war bis Dezember 1939 in Polen eingesetzt und wurde dann nach Hamburg zurückbefohlen. Lammers, dies geht aus einer Aussage von ihm aus dem Jahr 1975 hervor, wurde zu einem anderen Polizeibataillon abgeordnet und blieb bis Anfang April 1940 in der Gegend von Krakau.¹³ Nach diesem Einsatz fuhr er zurück nach Hamburg. Im Mai 1940 wurde das Polizei-Bataillon 101, und damit auch Georg Lammers, nach Posen verlegt und blieb hier bis zum Juni 1940. In diesen zwei Monaten hatten die Ordnungspolizisten den Auftrag, „Aussiedlungsaktionen“¹⁴ durchzuführen. Gemeinsam mit anderen Einheiten vertrieben sie Juden und Jüdinnen sowie Sinti und Roma aus ihren Häusern, damit sich dort Deutsche ansiedeln konnten. Insgesamt wurden dabei knapp 37.000 Menschen vertrieben.¹⁵ Georg Lammers gab für diesen Zeitraum an, für die „Ausbildung“ zuständig gewesen zu sein. Aus den noch vorhandenen Quellen lässt sich nicht erschließen, welchen Aufgaben er konkret nachging. Christopher R. Browning gibt einen Bericht des Bataillons wieder, nach dem „100%“ aller Kräfte im „Regierungsbezirk Warthegau“ an den so genannten „Aussiedelungen“ beteiligt gewesen seien. Weiter heißt es in dem Bericht: „In Hochzeiten der Evakuierungs-Periode konnten sie [die Männer des Polizei-Bataillons 101, M. Witkowski] 8 Tage und Nächte nicht in den Standort zurückgezogen werden. Gelegenheit zum Schlafen bot sich den Männern nur bei nächtlichen Fahrten auf dem Mkw. zu den Einsatzorten. Im Höchsteinsatz evakuierte das Batl. lediglich mit eigenen

Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1996; Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

¹¹ Klemp, Stefan: „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz, Ein Handbuch, 3. überarbeitete Auflage, Berlin 2022, S. 267.

¹² Dokument Record of Employment and Military Service, beigelegt dem Fragebogen der Military Government of Germany vom 7. November 1945, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

¹³ Zeugenaussage von Georg Lammers am 21. März 1975, Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg B 162/28392. Lammers gibt an, den Namen des Polizeibataillons, zu dem er abgeordnet wurde, nicht mehr zu erinnern. Er ist sich auch nicht sicher, ob er im Mai 1940 wieder zum Polizeibataillon 101 zurückgekehrt ist: „Es kann sich um das Pol.-Bat. 104 gehandelt haben, möglicherweise auch wieder um das Pol.-Bat. 101.“ Im Entnazifizierungsverfahren gab Lammers das Polizeibataillon 101 an und auch die Orte des Einsatzes lassen darauf schließen, dass er hier wieder eingegliedert wurde.

¹⁴ Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1996, S. 61.

¹⁵ Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1996, S. 59-60.

Einsatzkräften und unterstellten 10 Dolmetschern 900 Familien [...] an einem Tag.¹⁶ Die Aussage lässt zumindest vermuten, dass Georg Lammers nicht nur mit der „Ausbildung“, sondern auch mit den „Aussiedelungen“ beschäftigt war.

Nach dem Einsatz in Posen wurde das Polizei-Bataillon in die Gegend des heutigen Łódź verlegt. Georg Lammers gab an, vom 7. Juni bis zum 12. Juli 1940 in „Kalisch“ stationiert gewesen zu sein. In Kalisch war der Regierungssitz des Bezirks, zu dem auch die Stadt Łódź gehörte. Im April 1940 benannten die Nationalsozialisten die Stadt Łódź nach dem NSDAP-Abgeordneten Karl Litzmann in „Litzmannstadt“ um. Zwischen dem 13. Juli 1940 und dem 1. April 1941 gehörte Georg Lammers nach eigenen Angaben dem „Kommando Litzmannstadt“¹⁷ an. Das Polizei-Bataillon 101 hatte die Aufgabe, das „Getto Litzmannstadt“ mit aufzubauen und später auch zu bewachen.¹⁸ Nach dem Warschauer Getto befand sich in Łódź das zweitgrößte von den Nationalsozialisten errichtete Getto. Dieses war ab dem 10. Mai 1940 vollständig von den umgebenden Gebieten abgeriegelt. Bei etwaigen Fluchtversuchen sollte auf die Flüchtenden geschossen werden.¹⁹ Im Getto herrschten Hunger, Krankheiten und im Winter Kälte. Im Zeitraum von 1940/1941 starben knapp 20.000 Menschen aufgrund von Mangelernährung oder Krankheiten. Während des Einsatzes zur Bewachung des Getto Łódź war das Polizei-Bataillon 101 auch an Erschießungen von flüchtenden Juden und Jüdinnen beteiligt.²⁰ Aus den vorhandenen Quellen lässt sich nicht rekonstruieren, ob Georg Lammers hieran mitwirkte. Durch seine eigene Angabe, in den „Bewachungsd.“ [Bewachungsdienst, M. Witkowski] eingeteilt gewesen zu sein, ist gesichert, dass er für die Überwachung des Gettos Łódź eingesetzt war und zumindest von den Vorgängen und den unhaltbaren Zuständen dort gewusst haben muss.²¹ Im April 1941 kehrte das Polizei-Bataillon 101 und damit auch Georg Lammers wieder nach Hamburg zurück. An den im Januar 1942 beginnenden Deportationen von ca. 145.000 Juden und Jüdinnen aus dem Getto Łódź in die Vernichtungslager Chełmno und Auschwitz war das Bataillon nicht mehr beteiligt.

¹⁶ Zitiert nach: Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1996, S. 60.

¹⁷ Bezeichnung durch Georg Lammers im Fragebogen der Military Government of Germany, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

¹⁸ Curilla, Wolfgang: Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939-1945, Paderborn 2011, S. 115.

¹⁹ Löw, Andrea: Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006, S. 7, 90.

²⁰ Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, S. 243. Goldhagen gibt keine konkreten Opferzahlen an.

²¹ Im Entnazifizierungsverfahren gab Georg Schild in seinem Entlastungsschreiben für Georg Lammers an, dass dieser sich durch seine Berichte über die „Schandtaten der Partei“ selber in Gefahr gebracht habe. Welche „Schandtaten“ genau gemeint waren, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

Das Polizei-Bataillon 101 wurde im Mai 1941 vollkommen neu aufgestellt.²² Für Georg Lammers bedeutete dies, dass er ab dem 2. April 1941 bis zum 31. Oktober 1942 als Sportlehrer in der Polizei-Schule für Leibesübungen in Spandau eingesetzt war. Vom 1. November 1942 bis zum 30. Oktober 1943 wurde Georg Lammers dann zum Polizei-Bataillon 85 in den Abschnitt Russland Mitte versetzt.²³ Im Entnazifizierungsverfahren gab er an, er sei auf Ersuchen der Gestapo nach Russland geschickt worden. Dies hätte mit einer britischen Radiosendung zu tun gehabt, die 1942 gesendet worden sei. In dieser Sendung seien kritische Äußerungen von ihm zu den Olympischen Spielen 1936 und zum Sport seit 1933 wiedergegeben worden.²⁴ Für den von Lammers hergestellten Zusammenhang lassen sich in den überlieferten Akten keinerlei Belege finden.

Da das Polizei-Bataillon 85 deutlich schlechter erforscht ist als das Polizei-Bataillon 101, lassen sich die Einsatzgebiete und die Tätigkeiten von Georg Lammers in dieser Zeit nur bruchstückhaft nachvollziehen. Gesichert ist jedoch, dass das Polizei-Bataillon 85 an der Verfolgung und Erschießung von Partisanen und von denjenigen, die dazu erklärt wurden, beteiligt war.²⁵ Georg Lammers machte nach 1945 zu seiner Tätigkeit im Polizei-Bataillon 85 mehrere Aussagen. Im Entnazifizierungsverfahren kam im Sommer 1946 erstmals die Frage nach einer möglichen Beteiligung an der Erschießung von Partisanen auf. Der Vorsitzende des Entnazifizierungsausschusses Aschenbrenner hielt am 26. Juni 1946 fest: „Aus seinem Kriegseinsatz im Osten haben sich Belastungen nicht ergeben; auch nicht für eine womöglich vermutete Partisanenbekämpfung; im Gegenteil Lammers machte hierzu sichere und glaubwürdige Angaben dergestalt, daß seine Einheit kaum jemals zum direkten Einsatz kam.“²⁶ Drei Jahre später gab Georg Lammers am 17. Oktober 1949 eine Erklärung zugunsten des Reserve-Leutnants Alexander Weniger ab. Dieser war ebenfalls dem Polizei-Bataillon 85 zugeordnet gewesen. Lammers erklärte: „Unser Batl. war hin und wieder in den Bandenkampf eingesetzt. Da die Partisanen aber in fast allen Fällen vorher gewarnt wurden, haben wir mit ihnen fast keine Berührung gehabt und ich glaube

²² Das Polizei-Bataillon wurde im Zuge der Neuaufstellung mit Reservisten besetzt und wurde seitdem als Reserve-Polizei-Bataillon 101 bezeichnet.

²³ Das Polizei-Bataillon 85 war dem Polizei-Regiment 13 unterstellt und wurde durch Hans Fleckner befehligt. Unter seinem Kommando wurden im Herbst 1941 in der Nähe des russischen Ostrow Mazowiecki mindestens 200 bis 600 Kriegsgefangene erschossen. Vgl. Curilla, Wolfgang: Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939-1945, Paderborn 2011, S. 673.

²⁴ Erklärung Georg Lammers im Entnazifizierungsverfahren vom 2. Juni 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

²⁵ Angaben zum Polizei-Bataillon und dem übergeordneten Polizei-Regiment 13 lassen sich entnehmen aus: Klemp, Stefan: „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz, Ein Handbuch, 3. überarbeitete Auflage, Berlin 2022.

²⁶ Stellungnahme des Deutschen Entnazifizierungsausschusses vom 26. Juni 1946. Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

nicht, daß Leutnant Weniger je einen Partisanen gesehen bzw. gegen einen gekämpft hat.“²⁷ Diese Aussage widerspricht einer weiteren Erklärung für Alexander Weniger aus dem Jahr 1955. Weniger erbat von Lammers eine Bestätigung, dass „ich im auswärtigen Einsatz (und nicht etwa im Krieg sanft am Schreibtisch!) war“, um einen Nachweis für seine „Spätheimkehrereigenschaften“ erbringen zu können. Den Text hatte Weniger für Lammers bereits vorformuliert, dieser musste nur noch unterschreiben. Im Schriftstück heißt es: „Herr Alexander Weniger, wohnhaft in Frankfurt a.M., Unter den Linden 2, ist mir vom gemeinsamen Einsatzdienst im Polizeiregiment Nr. 13, II. Batl. [übergeordnete Einheit des Polizei-Bataillons 85, M. Witkowski] bekannt. Weniger wurde Anfang März 1943 zu diesem Regiment abgeordnet und mir zu der von mir damals geführten 6. Kompanie als Kompanie-Offizier zugeteilt. Die Einheit befand sich seit 1943 im ununterbrochenen Kampfeinsatz in Russland, Polen, Oberitalien usw. darunter fast ½ Jahr in vorderster Linie der HKL²⁸ bei Dretun/Witebsk. [...]“²⁹ Gesichert ist, dass zumindest Teile des Polizeiregiments 13, dem das Polizei-Bataillon 85 unterstellt war, zur Dienstzeit von Georg Lammers vom November 1942 bis Ende Oktober 1943 an verbrecherischen Unternehmen beteiligt waren. Hierzu gehört u. a. das sogenannte Unternehmen „Erntefest“, das im Januar und Februar 1943 vonstattenging. Hierbei wurden gezielt Partisanen verfolgt und ca. 2.000 ermordet.³⁰ Das Polizeiregiment 13 war neben anderen Einheiten auch an der Aktion „Hornung“ beteiligt, bei der bis Juni 1943 knapp 13.000 Partisanen und Zivilisten ermordet wurden.³¹ In seiner Zeugenaussage im Prozess gegen die Kampfgruppe von Gottberg aus dem Jahr 1975 gibt Georg Lammers an, an dieser Aktion nicht beteiligt gewesen zu sein, weil sie in seinen Urlaub fiel.³²

Aufgrund fehlender Quellen ist es in der Forschung nicht ganz gesichert, ob das Polizei-Bataillon 85 an der Liquidierung des Gettos Glebokie am 20. August 1943 beteiligt war. Dafür spricht, dass die Angehörigen des Bataillons im Kloster Glebokie untergebracht waren. Das Getto wurde in Brand gesteckt. Die 4.000-5.000 jüdischen Bewohner und Bewohnerinnen

²⁷ Erklärung von Georg Lammers zum Reserve-Leutnant der Schutzpolizei Alexander Weniger vom 17. Oktober 1949, Archiv des Rühringer Heimatbundes e. V. (Nachlass Georg Lammers), Best. 007-012 Nr. 420, 007-012 Nr. 432.

²⁸ HKL = Hauptkampflinie

²⁹ Erklärung von Georg Lammers für Alexander Weniger vom 11. Januar 1955, Archiv des Rühringer Heimatbundes e. V. (Nachlass Georg Lammers), Best. 007-012 Nr. 420, 007-012 Nr. 452.

³⁰ Vgl. Curilla, Wolfgang: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944, Paderborn 2006, S. 722-724.

³¹ Vgl. Curilla, Wolfgang: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944, Paderborn 2006, S. 725-726. An der Aktion „Hornung“ war auch die Kampfgruppe von Gottberg beteiligt.

³² Zeugenaussage von Georg Lammers am 21. März 1975, Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg, B 162/28392.

kamen beim Brand ums Leben oder wurden erschossen.³³ Gesichert ist hingegen, dass Teile des Polizei-Regiment 13 ab dem Sommer 1943 bei unterschiedlichen Aktionen gegen Partisanen im Großraum um Minsk und Witebsk eingesetzt waren, von denen im Schreiben für Alexander Weniger die Rede ist.³⁴ Partisanenbekämpfung diente hier teilweise nur als Vorwand, um die Gebiete von der Bevölkerung zu räumen und diese in Teilen der Zwangsarbeit zuzuführen.³⁵ Aufgrund der zahlreichen Einsätze muss zumindest stark bezweifelt werden, dass es „fast keine Berührung“ mit Partisanen gegeben hat, wie Lammers in der Rückschau angab. Dagegen spricht auch seine Stellung innerhalb des Bataillons und seine Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Im Entnazifizierungsverfahren gab er an als „Kompaniechef“³⁶ eingesetzt gewesen zu sein. Damit befehligte er ca. 150 Mann. Für seine Leistungen wurde er während seines Einsatzes in Russland zwei Mal ausgezeichnet. Im Dezember 1942 erhielt Georg Lammers das Eiserner Kreuz II. Klasse „[f]ür gute Komp.führung im Einsatz“, wie er im Entnazifizierungsverfahren angab. Nicht ganz ein Jahr später bekam er im September 1943 auch das Eiserner Kreuz I. Klasse für die „Rückführung meiner Kom. aus einer Umklammerung mit allen Verwundeten und dem größten Teil des Trosses“.³⁷ Aus den Akten lassen sich die genauen Umstände der Aktionen, für die er ausgezeichnet wurde, nicht mehr nachvollziehen. Nach eigenen Angaben befand sich Georg Lammers vom 30. Oktober 1943 bis zum 2. September 1944 wegen einer „Ichiaskrankung“ im Lazarett.³⁸ Ab dem 21. Juli 1944 bis zum Kriegsende war er als Hauptmann der Schutzpolizei und Sachbearbeiter im Reichsministerium des Inneren tätig.³⁹ Welchen Aufgaben er konkret nachging, lässt sich nicht mehr feststellen.

Entnazifizierungsverfahren Georg Lammers

Georg Lammers musste bereits im Juni 1945 eine Erklärung über sein Handeln in der Zeit des Nationalsozialismus gegenüber der britischen Behörde abgeben. Darin erklärte er, dass er nur

³³ Vgl. Curilla, Wolfgang: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944, Paderborn 2006, S. 690.

³⁴ Vgl. Curilla, Wolfgang: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944, Paderborn 2006, S. 733-734.

³⁵ Pohl, Dieter: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944, München 2009, S. 292-293.

³⁶ Bezeichnung durch Georg Lammers im Fragebogen der Military Government of Germany, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264. In einer Bestätigung für den Sanitäter Artur Zukunft über dessen Können gibt Georg Lammers an, „Komp.-Chef der 6. Kompanie des Polizei-Regiments 13“ gewesen zu sein. Archiv des Rühringer Heimatbundes e. V. (Nachlass Georg Lammers), Best. 007-012 Nr. 420, 007-012 Nr. 449.

³⁷ Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

³⁸ Vermerk vom 4. Januar 1944, Bundesarchiv Berlin R 9361-II/609515; Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg B 162/7523 Bl. 4775.

³⁹ Eidesstattliche Erklärung Georg Lammers für Elfriede Klipping vom 11. März 1954, Archiv des Rühringer Heimatbundes e. V. (Nachlass Georg Lammers) Best. 007-012 Nr. 447.

nominelles Mitglied der Partei gewesen sei, sich aber nicht aktiv eingebracht hätte. Wie es im Entnazifizierungsverfahren üblich war, brachte er etliche Entlastungszeugen an.⁴⁰ Darunter befand sich auch Fritz Lewenstein, der sich selber in seinem Brief als „rassisch Verfolgten“ bezeichnete. Fritz Lewenstein erklärte in seinem Entlastungsschreiben, Georg Lammers habe den „Machenschaften“ der Nationalsozialisten innerlich ablehnend gegenüber gestanden.⁴¹ Auch in den anderen Schreiben finden sich ähnliche Verweise darauf, dass Georg Lammers zwar Mitglied der Partei gewesen sei, sich aber nicht aktiv eingebracht und deren Politik eigentlich ablehnend gegenüber gestanden hätte.⁴²

Seine vermeintliche Ablehnung versuchte Georg Lammers auch in seiner eigenen Erklärung deutlich zu machen. Er gab hierfür mehrere Ereignisse an, bei denen er mit Mitgliedern der Partei aneinandergeraten sei. Unter anderem verweist er auf folgenden Vorfall: „In September 1934 I took part in an action of the flying squad against a plot of SS leaders and SS men of the Concentration Camp Esterwegen. These men had made several attacks in account of the anti Nazi confession in the Catholic districts of South Oldenburg. We stopped these men at Löningen, and when they attacked ourselves we must defend us by force.“⁴³ Lammers Erklärung ist nur als englische Übersetzung überliefert. Es lässt sich daher nicht mehr nachvollziehen, welche Begrifflichkeit er für „plot of SS leaders“ verwandt hat. In der Gedenkstätte Esterwegen liegen keinerlei Hinweise vor, dass es eine solche „Verschwörung“ gegeben habe. Sebastian Weitkamp (Leitung Gedenkstätte Esterwegen) hält einen solchen Vorgang für „sehr unwahrscheinlich“.⁴⁴ Belegt sind allerdings Zusammenstöße der Wachmannschaften mit der Bevölkerung, die sich zumeist in Gaststätten oder auf Volksfesten ereigneten. Unter Umständen war Georg Lammers zu einer Schlichtung in Löningen eingesetzt worden. Dieser Einsatz kann aber nicht als Beleg dafür herangezogen werden, dass er sich gegen SS-Mitglieder gestellt habe.

⁴⁰ Im Landesarchiv Oldenburg liegen im Bestand Rep 980 Best. 351 Nr. 62264 Entlastungsschreiben von folgenden Personen vor: Fritz Lewenstein, Eduard Heeren, Gustav Boog, Weichsberger (Vorname unbekannt), Georg Schild, Hans Gutmann.

⁴¹ Erklärung Fritz Lewenstein vom 3. Juni 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264. Auch Eduard Heeren gab in seinem Entlastungsschreiben an, dass Georg Lammers, obwohl „meine Frau selbst Jüdin ist“, immer zu Besuch gekommen sei. Aus den Gesprächen habe Heeren den Eindruck gewonnen, dass Lammers „Gegner der Nationalsozialisten“ sei. Siehe hierzu auch die weiteren Entlastungsschreiben, insbesondere das von Hans Gutmann, der angibt, selber als Jude verfolgt worden zu sein und Lammers bescheinigt, dass dieser „niemals Nazi“ gewesen sei. Erklärung Eduard Heeren vom 3. Juni 1946; Erklärung Hans Gutmann vom 3. Juni 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

⁴² Georg Lammers selber hat ähnliche Entlastungsschreiben selber für frühere Kollegen angefertigt. Vgl. bspw. Archiv des Rühringer Heimatbundes e. V. (Nachlass Georg Lammers), Best. 007-012 Nr. 420, 007-012 Nr. 422.

⁴³ Erklärung Georg Lammers vom 2. Juni 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

⁴⁴ Schriftliche Auskunft von Sebastian Weitkamp vom 17. Oktober 2022 sowie Telefonat am 25. Oktober 2022.

Im Entnazifizierungsverfahren machte Georg Lammers auch folgende Aussage: „During the time of prosecution of Jews, we very often had to protect the Jews. Although it was not desired by our superiors. I did never allow that any Jewish people were attacked or that their property was taken from them. I got a lot of disadvantaged after these actions.“⁴⁵ Aus seiner Angabe geht nicht hervor, auf welchen Zeitraum er sich konkret bezieht und welchen Benachteiligungen er ausgesetzt gewesen sein will. Belege für oder gegen seine Aussagen lassen sich in den Akten nicht finden. Seine Beförderungen und seine Auszeichnungen mit dem Eisernen Kreuz der Klasse I und II sprechen zumindest gegen ein aktives, auffälliges Handeln gegen die Ideologie oder konkrete Anordnungen des nationalsozialistischen Regimes.

Im Entnazifizierungsverfahren wurde Georg Lammers am 25. Februar 1947 in die Kategorie IV (Mitläufer) eingeordnet. Die britische Militärregierung verhängte jedoch keine Vermögensstrafe oder Kontensperre gegen ihn. Am 3. Juli 1948 wurde nach einer erneuten Überprüfung die Kategorie von IV auf V (Entlastete) geändert und Georg Lammers konnte seine Karriere bei der Polizei fortsetzen.⁴⁶

Prozesse gegen Angehörige des Polizei-Bataillons 101 und des Polizei-Bataillons 85

Anfang der 1960er Jahre leitete die Hamburger Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die Polizisten im Polizei-Bataillon 101 ein. Im Fokus standen vor allem die Verbrechen des Bataillons seit dem Jahr 1942. Es fanden aber auch Verhöre über die Zeit statt, in der Georg Lammers beim Bataillon war. Angeklagt war vor allem das Führungspersonal. Ungeklärt bleibt, ob Georg Lammers als Zeuge im Prozess aussagte.⁴⁷ Nach mehreren Prozessjahren und Revisionen wurden von den 550 Männern des Bataillons fünf zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, die jedoch nur zwei auch tatsächlich verbüßten.⁴⁸

In den 1980er Jahre kam es zu weiteren Prozessen gegen Mitglieder der im Osten eingesetzten Polizeibataillone und anderer Einheiten. Georg Lammers wurde drei Mal als Zeuge angehört. 1975 fand die erste Befragung statt, in der es um die Verbrechen der Kampfgruppe Gottberg

⁴⁵ Erklärung Georg Lammers vom 2. Juni 1946, Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980 Best. 351 Nr. 62264.

⁴⁶ Die Kategorien III-V waren die so genannten ‚leichten Fälle‘, die von den Spruchgerichten vor Ort entschieden wurden. Vgl. hierzu: Reichert, Olaf: „Wir müssten doch in die Zukunft sehen...“ Die Entnazifizierung in der Stadt Oldenburg unter britischer Besatzungshoheit 1945-1947, Oldenburg 1998.

⁴⁷ Im Staatsarchiv Hamburg, in dem die Prozessakten überliefert sind, findet sich in den Findbüchern kein Hinweis auf eine Aussage von Georg Lammers. Dies kann bedeuten, dass Lammers nicht verhört wurde oder aber, dass sein Name beim Verzeichnen der Akten als nicht so wichtig erachtet und daher nicht verschlagwortet wurde. Um diese Frage zu klären, müsste der vollständige Bestand zu den jahrelangen Prozessen noch mal in Gänze durchgesehen werden. Schriftliche Auskunft von Julian Freche (Staatsarchiv Hamburg) vom 18. Oktober 2022 und telefonische Erläuterung am 25. Oktober 2022.

⁴⁸ Kiepe, Jan: Das Reservepolizeibataillon 101 vor Gericht. NS-Täter in Selbst- und Fremddarstellungen, Münster 2007, S. 82.

ging. Diese war eigentlich zur Partisanenbekämpfung in Belarus eingesetzt worden, ermordete aber im Zeitraum von 1942 bis 1944 auch zehntausende Zivilisten. Viele der Verbrechen erfolgten gemeinsam mit anderen Polizei-, Wehrmachts-, oder SS-Einheiten. Befragt nach der Vernichtung der Dörfer führte Georg Lammers aus: *„Bei unserem Bataillon ist es nicht vorgekommen, daß Dörfer vernichtet und die Bewohner getötet worden sind. Ich kann dies aber nur von ‚unserem‘ Bataillon sagen, noch besser: Nur von meiner Kompanie. Ich habe aber weder von Angehörigen unseren Bataillons noch von Angehörigen der anderen beiden Bataillone gehört, daß so etwas geschehen ist.“*⁴⁹ Durch die Forschung ist heute sicher belegt, dass das Niederbrennen von Dörfern und die Ermordung der Bewohner und Bewohnerinnen stattgefunden hat. Es lässt sich aber in vielen Fällen nicht mehr bis auf die Kompanie-Ebene hinab nachvollziehen, welche Einheiten an welchen Verbrechen beteiligt waren. Insofern lässt sich auch die Aussage von Georg Lammers heute nicht mehr überprüfen. Seine Angabe passt aber nur bedingt zu weiteren Aussagen von ihm, die er im gleichen und späteren Verfahren machte. Ihm waren Aussagen von Angehörigen der Einheit Dirlewanger⁵⁰ vorgelesen worden, zu denen er sich folgendermaßen äußerte: *„Ich weiß heute nicht mehr wann und wo dies war. Auf alle Fälle kam unsere Kompanie durch eine Ortschaft, die völlig zerstört war. Es waren keine Zivilisten zu sehen. Diese Ortschaft war am Tage zuvor vernichtet worden, denn wir konnten noch das Feuer sehen. In der erwähnten Ortschaft hielt sich die Einheit Dirlewanger auf. Ob die Einwohner getötet worden waren, vermag ich nicht zu angeben. Nähere Angaben kann ich dazu nicht machen.“*⁵¹

Im Frühjahr 1980 wurde Georg Lammers im Zusammenhang mit weiteren Verfahren mindestens zwei Mal bei der Kriminalpolizei an seinem Wohnort Osterode vernommen. Am 13. März 1980 gab er – im Gegensatz zu seinen Aussagen im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens – zu Protokoll, dass seine Einheit im Rahmen der Partisanenbekämpfung diese auch beschossen hätte. Er wüsste aber nicht, ob dabei auch Personen getötet worden seien. Gegen Zivilisten sei seine Einheit nie eingesetzt worden.⁵² Letzteres muss aufgrund der Forschungsergebnisse von Christopher R. Browning und anderen zumindest stark bezweifelt werden.

Bei der Befragung am 21. März 1980 gab er an, dass er „im Jahre 1943 ein Dorf an der Rollbahn Smolensk/Minsk auf Befehl eines unbekanntenen SS-Führers niedergebrannt hatte. Die

⁴⁹ Vernehmungsniederschrift vom 21. März 1975, Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg, B 162/28392.

⁵⁰ Die SS-Sondereinheit Dirlewanger ging besonders brutal vor und war für den Tod von Zehntausenden verantwortlich.

⁵¹ Zeugenvernehmung Georg Lammers am 13. März 1980, Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg, B 162/7533, Bl. 165.

⁵² Zeugenvernehmung Georg Lammers am 13. März 1980, Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg, B 162/7523, Bl. 4773-4774.

Bewohner will er vorher ohne Wissen des SS-Führers in den Wald geschickt haben.“⁵³ Weitere Zeugen für das von Lammers geschilderte Geschehen konnten im damaligen Verfahren nicht gefunden werden. Ob Lammers tatsächlich gegen die Anweisungen gehandelt hat oder ob dies eine Schutzbehauptung war, lässt sich nicht mehr klären. Georg Lammers war aber sicherlich klar, dass mit dem Niederbrennen der Häuser den Menschen die Lebensgrundlage an diesem Ort entzogen wurde und dass die Bewohner und Bewohnerinnen durch die Vernichtung ihres Dorfes sich in einer existenziell bedrohlichen Situation befanden.

Archive

Niedersächsisches Landesarchiv Standort Oldenburg

Rep 980 Best. 351 Nr. 62264

Bundesarchiv Berlin

R 9361-I/1954

VBS 1069 (R 19) ZB 1214

R 9361-II/609515

R 9361-II/609516

R 9361-IX Kartei/24551320

Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg

B 162/7523

B 162/7533

B 162/28392

Archiv des Rüstringer Heimatbundes e. V. (Nachlass Georg Lammers)

Best. 007-012 Nr. 420

Best. 007-012 Nr. 422

Best. 007-012 Nr. 432

Best. 007-012 Nr. 447

Best. 007-012 Nr. 449

Best. 007-012 Nr. 452

⁵³ Vernehmungsniederschrift vom 21. März 1980, Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg, B 162/28392. Bereits am 13. März 1980 hatte Lammers diesen Vorfall geschildert und dabei darauf verwiesen, dass der Einsatzleiter gedroht habe, „die Durchführung dieses Auftrages per Flugzeug zu überwachen, bei Nichtdurchführung einem SS-Gericht zugeführt [zu] werden.“ Zeugenvernehmung Georg Lammers am 13. März 1980, Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg, B 162/7523 Bl. 4775.

Literatur

- Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1996.
- Curilla, Wolfgang: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944, Paderborn 2006.
- Curilla, Wolfgang: Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939-1945, Paderborn 2011.
- Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.
- Kiepe, Jan: Das Reservepolizeibataillon 101 vor Gericht. NS-Täter in Selbst- und Fremddarstellungen, Münster 2007.
- Klemp, Stefan: „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz, Ein Handbuch, 3. überarbeitete Auflage, Berlin 2022.
- Löw, Andrea: Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006.
- Peters, Heddo: Findbuch zum Nachlass Georg Lammers, Rüstringen 2002.
- Peters, Heddo: Georg Lammers – Weltrekordsprinter aus Butjadingen, in: ders.: Geschichten aus dem Rüstringer Archiv, Nordenham 2020, S. 88-92.
- Pohl, Dieter: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944, München 2009.
- Reichert, Olaf: „Wir müssten doch in die Zukunft sehen...“ Die Entnazifizierung in der Stadt Oldenburg unter britischer Besatzungshoheit 1945-1947, Oldenburg 1998.

Hermann Labohm

Hermann-Labohm-Strasse

Hermann Labohm wurde am 26. Juli 1900 in Hundsmühlen geboren und war Landwirt. Labohm besuchte die Volksschule von 1907 bis 1911 und wechselte dann zur Oberrealschule (heute: Herbartgymnasium) in Oldenburg, die er 1917 mit der Obersekundareife verließ. Seit 1931 war er in der väterlichen Landwirtschaft tätig.¹ Von 1939 bis 1945 war er Soldat der Wehrmacht als Unteroffizier bei der Luftnachrichtentruppe. Danach war er wieder in der väterlichen Landwirtschaft tätig.²

Labohm trat zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein, da die Partei nach seiner Wahrnehmung versprach, „die Landwirtschaft in jeder Weise zu fördern“. Im Jahr 1934 sei er dann gegen seinen Willen Blockleiter geworden. Blockleiter waren in der NSDAP für etwa 40 bis 60 Haushalte zuständig.³ Er schied 1936 aus dieser Funktion wegen der „Sinnlosigkeit der Idee“ auf eigenen Wunsch wieder aus. Der Entnazifizierungsausschuss schloss aus der Aussage von Entlastungszeugen, er sei „später des öfteren als Nazi-Gegner aufgetreten“, und bescheinigte ihm „has not been active politically“ / „hat sich politisch nicht betätigt“.

Die Straße wurde nach Hermann Labohm benannt, da er ortsansässiger Landeigentümer war. Es handelte sich nicht um eine Ehrung für besondere Leistungen.⁴

¹ Zum Hof Labohm vgl. Hundsmühlen 1310-2010, hg. v. Ortsverein Hundsmühlen, Oldenburg 2010, S. 61-65.

² Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980, Best. 351 Nr. 20048. Hier auch die weiteren Angaben zur Mitgliedschaft in der NSDAP. Das Eintrittsdatum in die NSDAP nach: Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/24421327.

³ Detlef Schmiechen-Ackermann, Der „Blockwart“. Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 48, 2000, 4, S. 575-602.

⁴ S. hierzu: Namensvorschläge für die neuen Straßen zu „beliebig“, NWZ vom 19. März 1999, S. 32.

Hermann Meyer

Hermann-Meyer-Strasse

Hermann Meyer war Landwirt und wurde am 16. Juni 1920 in Hundsmühlen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule arbeitete er bis 1941 und dann wieder ab 1945 auf dem elterlichen Hof.¹ Von 1935 bis 1941 gehörte er der Hitlerjugend an, von 1936 bis 1941 ebenfalls dem Reiterverein. Er wurde 1941 zur Wehrmacht eingezogen und bekleidete schließlich den Rang eines Obergefreiten. Bei der Entnazifizierung fiel er unter die Jugendamnestie, nach der Personen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren worden waren, sich nicht der Entnazifizierung unterziehen mussten. Einwände gegen seine Einsetzung als Bezirksvorsteher wurden nicht erhoben.²

Die Straße wurde nach Hermann Meyer benannt, da er ortsansässiger Landeigentümer war. Es handelte sich nicht um eine Ehrung für besondere Leistungen.³

¹ Zum Hof Meyer vgl. Hundsmühlen 1310-2010, hg. v. Ortsverein Hundsmühlen, Oldenburg 2010, S. 71-73.

² Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980, Best. 351 Nr. 18030.

³ S. hierzu: Namensvorschläge für die neuen Straßen zu „beliebig“, NWZ vom 19. März 1999, S. 32.

August Niemann

August-Niemann-Strasse

August Friedrich Hermann Niemann wurde am 4. Juli 1908 in Hundsmühlen geboren und war Bauer.

Nach dem Besuch der Volksschule war er von 1931 bis 1941 auf dem elterlichen Hof, danach von 1941 bis 1943 und von 1945 bis 1967 als selbständiger Landwirt tätig.¹

Niemann beantragte am 9. Juli 1937 die Mitgliedschaft in der NSDAP. Die Aufnahme erfolgte dann rückwirkend zum 1. Mai 1937.² Bei der Entnazifizierung gab er an, seit 1934 als SA-Mann der SA-„Reiterschar“, vorher seit 1933 der „N.S. Reiterschar“ angehört zu haben, nach dem der Reiterverein Hundsmühlen in die Reiter-SA übernommen worden sei. Er war außerdem seit 1937 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Von 1943 bis 1944 war Niemann als Soldat (Gefreiter) in Finnland eingesetzt.

Der Entnazifizierungsausschuss attestierte ihm, er sei ein „nominal Nazi“ gewesen und habe „sich aber politisch nicht besonders betätigt“, außerdem sei er als „guter Charakter bekannt“.³

Er starb am 24. November 1997.

Die Straße wurde nach August Niemann benannt, da er ortsansässiger Landeigentümer war. Es handelte sich nicht um eine Ehrung für besondere Leistungen.⁴

¹ Zum Hof Niemann vgl. Hundsmühlen 1310-2010, hg. v. Ortsverein Hundsmühlen, Oldenburg 2010, S. 74-76, dort auch das Sterbedatum.

² Bundesarchiv Berlin, R 9361-IX Kartei/30590847.

³ Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Oldenburg, Rep 980, Best. 351 Nr. 20288.

⁴ S. hierzu: Namensvorschläge für die neuen Straßen zu „beliebig“, NWZ vom 19. März 1999, S. 32.